Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 920

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162. Sonnabend, den 13. Juli 1918. 25. Jahrg.

Die allgemeine Kriegslage.

Von Richard Gädke.

Der Vorstoß unserer Verbündeten über die Piave, der am 15. Juni begann, ist nunmehr liquidiert. Die Oesterreicher und Ungarn haben in der Nacht vom 5. zum 6. Juli auch die Insel der Piavemündung geräumt und befinden sich somit auf der ganzen Front vom Montello bis zum Meere wieder auf dem Ostufer des Flusses. Auch an der Gebirgsfront haben sie die am 15. und 16. Juni genommenen Stellungen nicht voll behaupten können, sondern unter dem Drucke starker italienischer Gegenangriffe aufgeben müssen, die durch französisch-englische Armeekorps unterstützt wurden. Die Kämpfe haben bis in die letzten Tage mit Erbitterung fortgedauert. Man muß es den Italienern lassen, daß sie sich diesmal von einer anderen Seite gezeigt haben wie im vergangenen Herbste; ihre Angriffe sind mit Schwung begonnen und mit Zähigkeit durchgeführt worden. Auch die oberste Führung durch den neuen Befehlshaber, General Diaz, ist offenbar eine festere, entschlossenere und geschicktere gewesen, als es die Cadornas war. Der Erfolg der Italiener, wie groß oder wie klein er sei, und ob auch durch die Naturgewalten begünstigt, wird nicht verfehlen, die Zuversicht und die Brauchbarkeit des Heeres zu stärken, wie er trotz aller Not der Ernährung den Kriegswillen des Volkes, jedenfalls den Kriegswillen der Kreise, die das Heft in Händen haben, neu aufgestachelt hat. Damit müssen wir uns abfinden; solche Erscheinungen zieht jeder kriegerische Erfolg nach sich, auch dann, wenn er im wesentlichen keine Verbesserung der eigenen Lage gebracht, sondern nur einer Verschlimmerung vorgebeugt hat.

Ob die Italiener versuchen werden, nunmehr zu einer Ergänzung im positiven Sinne, das heißt zum eigenen Angriff auf das Ostufer der Piave schreiten, muß abgewartet werden. Ich habe schon einmal ausgeführt, daß die positiven politischen Ziele der Italiener ihren Angriff eigentlich zur zwingenden Voraussetzung haben. Denn fremdes Land kann man nicht wohl erobern, so lange man im eigenen Lande fechten muß — man wollte es denn als Geschenk aus der Hand der Bundesgenossen empfangen. Anderseits haben die Italiener in den dreiwöchigen Kämpfen mehr Leute — auch an Gefangenen eingebüßt, als die Oesterreicher und Ungarn, so daß die Stärkeverhältnisse sich keineswegs zu ihren Gunsten geändert haben. Der Schrei nach amerikanischer Hilfe ist daher verständlich. Nun sollen ja Truppen der Vereinigten Staaten in den letzten Tagen in Genua gelandet sein; bis sie aber eine ins Gewicht fallende Zahl erreicht haben, muß eine beträchtliche Zeit vergehen. Und bis dahin kann bereits eine ganz neue Lage entstanden sein.

Welche Aussicht hat übrigens Italien, durch die Siege der Franzosen und Engländer in den Besitz der „unerlösten" Länder zu gelangen? Bis jetzt haben diese selbst an der Westfront schwer um ihr eigen Dasein gekämpft, und sie sehen mit erwartungsvoller Spannung, nicht frei von heimlicher Besorgnis, den nächsten Wochen entgegen. Sie vermuten einen neuen deutschen Angriff größten Umfanges, sind sich aber im ungewissen, wohin sich seine Spitze oder seine Spitzen richten werden, da die Versammlung unserer Massen ihnen keine Anhaltspunkte bietet. In solcher Lage wird sich der Verteidiger einem geschickten Angreifer gegenüber stets befinden; er sieht sich in eine Unsicherheit versetzt, die auch auf die Stimmung seiner Truppen drückt und ihnen außerordentliche Anstrengungen auferlegt. Diesem Uebelstande zu begegnen gibt es ein Mittel: das ist der eigene Angriff, mit dem man dem Gegner zuvorkommen und mitten in seine Vorbereitungen hineinfahren muß. Zu diesem Verfahren haben sich die Gegner nicht zu entschließen vermocht. Allerdings haben sie in der letzten Zeit täglich stärkere oder schwächere Vorstöße gemacht, zum Teil nennenswerter Streitkräfte, so daß man zwar nicht von Schlachten aber doch von heftigeren Gefechten und Treffen sprechen kann.

So haben die Franzosen und Amerikaner am 1., 5. und 6./7. Juli westlich Chateau-Thierry, die Engländer am 2. Juli südlich Arras, am 4. beiderseits der Somme und östlich Ypern, am 5. westlich Langemarck, am 8. beiderseits des La Bassee-Kanals, die Franzosen am 3. Juli zwischen Oise und Aisne — alle ohne Erfolg oder mit geringstem Raumgewinn — angegriffen. Aber das sind nur Verlegenheitsunternehmungen, weil man zur großen, die Entscheidung anstrebenden Schlacht sich nicht aufzuraffen vermochte. Diese Vorstöße sind, ebenso wie die aus der zweiten Hälfte des Juni, ihrem Gedankengange nach verfehlt, weil sie die allgemeine Lage nicht zugunsten unserer Gegner zu ändern vermochten. Der durch sie im günstigsten Falle zu erreichende Erfolg war ein örtlich zu beschränkter und konnte auf die Pläne einer kaltblütigen Heeresleitung keinen Einfluß gewinnen. Somit gestalteten sich alle diese Vorstöße zu zwecklosen Blutopfern, die der nervösen Unruhe unserer Gegner entsprangen. Sie dienten nur dazu, uns ihre wahre Stimmung zu entschleiern und ihre Hilflosigkeit zu beweisen. Sie gehen hervor aus der Ratlosigkeit, der Unfähigkeit und nicht aus der Tatkraft; sie zeigen andere Kriegskunst, als die, mit der Joffre in der zweiten Augusthälfte 1914 unserem Angriffe durch Belgien hindurch zu begegnen versuchte. Der Name hat gewechselt, der Geist ist geblieben. Daraus dürfen wir unsererseits Zuversicht für die kommenden Zeiten schöpfen. Wir wollen nie vergessen, daß auch Engländer und Franzosen, gerade so wie die Italiener, für die siegreiche Entscheidung des Weltkrieges sich nicht mehr auf ihre eigene Kraft, sondern nur noch auf die Hilfe Amerikas verlassen. Darin allein liegt bereits ein außerordentlicher Erfolg unseres vierjährigen Ringens. Und vielleicht setzen jene ein volles Vertrauen auch nicht mehr auf Amerikas Waffenstärke und suchen gerade darum die Russen aufs neue mit allen Mitteln in den Krieg zu hetzen.

In Albanien sind die letzten Tage etwas lebhafter gewesen. Während die Kämpfe in Mazedonien das bekannte Hin und Her kraftlosen Stellungskrieges zeigen, haben die Gegner anscheinend nach Eintreffen vermehrter griechischer Zuzüge die dadurch freigewordenen Truppen auf ihrem linken Flügel versammelt. Nachdem zunächst die Franzosen westlich der großen Seen im Stumbi- und Devoöitale vorzugehen versucht hatten, sind neuerdings die Italiener von Valona aus mit starkem Westflügel zum Angriffe angetreten. Unsere Bundesgenossen haben demgegenüber ihre Vortruppen auf die Hauptstellung zurückgezogen. Die Kämpfe sind wohl noch nicht abgeschlossen; sie verdienen immerhin unsere Aufmerksamkeit.

Je weniger glänzend die feindliche Kriegführung im Westen erscheint, um so mehr müssen wir auch als Gegner die Großartigkeit der politisch-militärischen Leitung durch die englische Regierung anerkennen. Die Besetzung von Wladiwostok durch japanische Bataillone, die Bewegungen der tschecho-slowakischen Truppen längs der sibirischen Bahn, die Landung englischer Abteilungen in Archangelsk und an der Murmanküste, die Feldzüge in Mesopotamien und in Persien, sind alles Glieder einer wohlgefügten Kette, die uns trotz Umfriedung des Ostens einschnüren soll, wenn auch in weiter gezogenen Grenzen, und uns den Austritt zum Weltmeere nach wie vor verschließen soll. An der Hartnäckigkeit des englischen Willens, den Vollsieg zu erfechten, läßt sich nicht zweifeln. Nur unsere militärische Kraft wird diese Kette sprengen können. Das weitere wird dann der Staatskunst zufallen, wenn sie an Augenmaß und Zielsicherheit die englische erreicht.

Vom Kühlmann-Hintze-Schlachtfeld.

Der Reichskanzler ist am Freitag ins Große Hauptquartier zurückgekehrt. Nach den vorliegenden Meldungen besteht an der Ernennung des Herrn von Hintze zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes kein Zweifel mehr. Herr von Hintze wird sich nach Kristiania begeben, um sich dort von den maßgebenden Stellen zu verabschieden. Mit seiner Rückkehr wird bereits für die nächste Woche gerechnet, in deren Laufe von Hintze sein neues Amt antreten wird.

Ueber die Motive, die die Genehmigung des Abschiedsgesuches des Herrn von Kühlmann entschieden haben, verlautet Genaues noch immer nicht. Die Erklärungen des Reichskanzlers Grafen Hertling über diesen Punkt der Angelegenheit sind bekanntlich streng vertraulich gegeben worden. Bekannt geworden ist nur, daß der Reichskanzler erklärt habe, daß es keine sachlichen, sondern persönliche Gründe gewesen seien, die Herrn von Kühlmann bestimmt hätten, um die Enthebung von seinem Amte einzukommen.

Dieser Teil der Erklärung hat vielfach zu der Annahme geführt, daß der bekannte Prozeß Kühlmanns gegen die beklagten beiden Redakteure diese „persönlichen Gründe" geschaffen habe. Dazu erfahren wir, daß diese Annahme, die auch in der Presse Ausdruck gefunden hat, völlig irre gehe. Mit diesem Prozesse habe der Abschied des Staatssekretärs nicht das mindeste zu tun.

Aus Andeutungen des Redners unserer Fraktion, des Genossen Scheidemann, geht hervor, daß in den maßgebenden Kreisen die Wirkungen der bekannten Kühlmann-Rede in der Front gefürchtet worden sind und schon vorher war bekannt, daß ganz besonders die Oberste Heeresleitung von dieser Rede „peinlich überrascht" worden sei. Man geht also wohl kaum fehl, daß es diese Beweggründe gewesen sind, die zur Krise geführt haben.

*

Im Hauptausschuß ergriff am Freitag zu der Kühlmann-Angelegenheit zunächst das Wort Abg. Stresemann, der hervorhob, daß die Angriffe, die auf den Staatssekretär von Kühlmann wegen des Ostfriedens gerichtet worden sind, nicht berechtigt seien, denn es werde bei diesen Angriffen übersehen, daß Herr v. Kühlmann auch auf die Interessen unserer Verbündeten Rücksicht habe nehmen müssen. Bei allen Verdiensten, die man ihm zusprechen könne, mußte seine Stellung aber nach seiner Rede vom 24. Juni unhaltbar sein. Dem Reichskanzler sprach der Redner sein vollstes Vertrauen aus, namentlich auch deshalb, weil er alle Zusagen, die er bei seinem Amtsantritt gegeben habe, eingelöst habe. Wenn diese Zusagen nicht restlos erfüllt werden konnten, dann liege die Schuld in der Hauptsache an den Parteien. Der Redner wünschte, daß bald ein geregelter Handelsverkehr zwischen Deutschland und Russland hergestellt werden könne. Er besprach dann eingehend das belgische Problem und verlangte, daß zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung stets ein vertrauensvolles Verhältnis bestehen möge. Wenn die Oberste Heeresleitung Bedenken habe, daß der preußische Landtag jetzt aufgelöst werde, so müßten diese Bedenken auf alle Fälle respektiert werden. Dem neuen Staatssekretär stehen die Nationalliberalen vertrauensvoll gegenüber.

Reichskanzler Graf Hertling äußerte sich dann noch einmal vertraulich zur belgischen Frage und schloß mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß der innere Friede nicht gefährdet werde.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Warmuth (Dt. Fr.) kam Abg. Ledebour an die Reihe, der zunächst feststellte, daß seine Partei der Person des Staatssekretärs v. Kühlmann völlig unbefangen gegenüberstehe, weil sie sich nie der Illusion hingegeben habe, daß der Staatssekretär eine Politik treiben könne, die die Annexionen verwerfe. Der Reichskanzler habe ganz offenbar sich bei der Beurteilung der Rede v. Kühlmanns von den Ansichten der Heeresleitung beeinflussen lassen, denn noch am 25. Juni habe er den Staatssekretär im Reichstage gedeckt. Die Entwickelung im Osten habe gezeigt, daß aus diesen Staaten Vasallenstaaten gemacht werden sollen. Angesichts dessen könne man kein Vertrauen zur Politik des Reichskanzlers haben. Daß Graf Westarp von der Politik des Kanzlers befriedigt sei, beleuchte drastisch die ganze Situation. Die deutsche Regierung sei das ausführende Organ der herrschenden Militärs, deshalb habe auch der Personenwechsel im Auswärtigen Amte keine Bedeutung.

Abg. Graf Westarp gab dann folgende Erklärung ab: „Meine Freunde sind **mit den heutigen Erklärungen des Kanzlers nicht einverstanden**, namentlich nicht mit Rücksicht auf Flandern."

Auf Antrag Gröber wurde dann die Debatte geschlossen.

Die Kreditvorlage wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen bei Stimmenthaltung der Polen genehmigt.

Der Ausschuß stimmte nach einem Wunsche des Reichsschatzsekretärs zu, zwei Unterausschüsse einzusetzen, mit denen während der Vertagung über den notwendigen Abschluß von Verträgen verhandelt werden soll. Der Haushaltsausschuß wird seine Arbeiten in der ersten Oktoberwoche wieder aufnehmen, um dann die Reformen des diplomatischen Dienstes zu beraten.

*

Die vorstehend erwähnte zweite Rede Hertlings wird jetzt in folgender amtlicher Form der Oeffentlichkeit unterbreitet:

Berlin, 12. Juli. Ueber die Ausführungen, die der Reichskanzler heute vor dem Hauptausschuß über die belgische Frage machte, sind in der Oeffentlichkeit Darstellungen verbreitet worden, die Mißverständnisse hervorrufen könnten. Wir geben daher nachstehend den in Betracht kommenden Teil der Kanzlerrede ausführlich wieder. Anknüpfend an seine gestrigen Darlegungen führte der Reichskanzler folgendes aus:

Was die **Zukunft Belgiens** betrifft, so bedeutet, wie ich schon sagte, die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, daß wir **ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben.** Im Begriff des Faustpfandes liegt es, daß man das, was man als Pfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen. **Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgend einer Form zu behalten.** Ich wünsche genau so, wie ich schon am 24. Februar sagte, daß das **nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen** keinem als Vasallen unterworfen sei und mit uns in guten freundschaftlichen Verhältnissen lebe. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang an einnahm und auch heute noch einnehme.

Meine Herren! Diese Seite meiner Politik steht durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich Ihnen gestern darlegte. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg und weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen und weil uns von Anfang an jede auf Weltherrschaft gerichtete Tendenz fern lag, darum werden auch unsere Friedensziele dem entsprechen, was wir wollen, das ist **die Unversehrtheit unseres Territoriums**, das ist **freie Luft für die Entwickelung unseres Volkes**, insbesondere auf **wirtschaftlichem Gebiete.** Das ist natürlich auch eine notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse. Das Ziel trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme. Wie sich dieser Standpunkt aber im Einzelnen festlegen läßt, das hängt von den künftigen Verhandlungen ab. Darüber kann ich jetzt keine bindenden Erklärungen abgeben. Ich muß mich damit begnügen, diese allgemeinen maßgebenden Richtlinien hier nochmals ausdrücklich festgestellt zu haben. Und so glaube ich, doch an Sie jetzt die Bitte richten zu dürfen: Helfen auch Sie mit, daß wir im Innern die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist für unsere Brüder draußen im Felde. Helfen Sie alle zusammen mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges den wir zu führen gezwungen sind, solange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Ende bestehen.

*

Hierzu wird uns von unserem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Für die deutsche Sozialdemokratie hatte die Verabschiedung Kühlmanns ihre ganz besondere Bedeutung: Hätte der Wechsel im Staatssekretariat des Aeußeren den politischen bedeutet, auf den man nach der Persönlichkeit des erwählten Nachfolgers zunächst schließen konnte, so hätte die Sozialdemokratie aus diesem Systemwechsel die Konsequenzen ziehen müssen. Es hätte dann außerhalb ihrer Macht gelegen, ihre bisherige Politik beizubehalten und der politische Zustand wäre in diesem Falle ganz einfach der gewesen, daß der Sozialdemokratie mit dem Systemwechsel der Regierung eine Aenderung ihrer Haltung aufgezwungen worden wäre.

Nach den Erklärungen des Reichskanzlers in der Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, und besonders nach der Ergänzung seiner Erklärung in der Sitzung vom Freitag über die belgische Frage, wird auch für die Sozialdemokratie kaum ein anderer politischer Standpunkt eingenommen werden können, als der bisherige. Insbesondere wird nach den Erklärungen des Kanzlers die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber der Frage der Kriegskredite die bisher beobachtete bleiben müssen.

Die Kreditvorlage wird heute in zweiter und dritter Lesung den Reichstag beschäftigen. Auf die politische Aussprache im Hauptausschuß soll nicht zurückgegriffen werden. Nur die sozialdemokratische und die unabhängige Fraktion werden kurze Erklärungen abgeben. An der Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu der Kreditvorlage ist nicht zu zweifeln.

Deutscher Reichstag.

Schluß der Steuerberatung.

Der Reichstag erledigte gestern zunächst das Branntweinmonopol. Die allgemeine Debatte hatte bereits am Donnerstag stattgefunden, wobei unsere Genossen ihren ablehnenden Standpunkt diesem Monopol gegenüber begründet hatten. Gestern handelte es sich darum, die schlimmsten Schädigungen aus dem Gesetze herauszubringen, wozu namentlich auch die hohe Besteuerung der Genuß-Essigsäure gehört, die eine Erdrosselungssteuer für die verheißungsvolle Karbidindustrie bedeutet. Die agrarische Mehrheit, unterstützt von der Volkspartei, die einmal in Mittelstandsretterei machen wollte, d. h. den technischen Fortschritt zugunsten einer ganz kleinen Anzahl rückständiger Betriebe zurückhalten, stimmte alle Verbesserungsanträge nieder.

Dann erledigte der Reichstag das Kaligesetz in zweiter oder gleich in dritter Lesung, wobei die höheren Sätze für Kali, die die Kommission etwas ermäßigt hatte, wieder nach der Regierungsvorlage hergestellt wurden. Auch unsere Genossen stimmten für die höheren Sätze, während die Unabhängigen dagegen waren. Unsere Genossen ließen sich von dem Gesichtspunkte leiten, daß bei den niedrigen Sätzen das ganze Gesetz und damit auch die höheren Löhne und die Teuerungszulagen für die Angestellten und die Arbeiter in Frage gestellt seien, während gerade die Kaliarbeiter die höheren Löhne dringend brauchen, ja sie eigentlich schon längst hätten haben müssen.

Hierauf ging das Haus zur dritten Beratung der Steuergesetze über. Genosse Keil legte noch einmal unseren ablehnenden Standpunkt gegenüber den Verbrauchs- und Verkehrssteuern dar, während die außerordentliche Kriegsabgabe unsere Zustimmung findet. In gleicher Weise äußerte sich Bernstein von den Unabhängigen Sozialdemokraten. Der Schatzsekretär Graf Rödern bedauerte die ablehnende Haltung einer großen Partei, da seiner Meinung nach die großen Lasten dem Besitz allein nicht aufgelegt werden können. Da man auf Verbrauch und Verkehr zurückgreifen müsse, so habe man jetzt ganze Arbeit machen und ein abschließendes Werk vollenden wollen. Wir wollen uns diese Worte merken, falls trotz dieser Zusagen später wieder gegen den Verbrauch und Verkehr vorgegangen werden soll.

Die Steuervorlagen wurden gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten und unserer Genossen angenommen, nur für die Schaumweinsteuer stimmten unsere Genossen, natürlich auch für die außerordentliche Kriegsabgabe, die ja in dem Steuerbukett die einzige Belastung der großen Einkommen und der großen Vermögen darstellt.

Beim Reichsstempelgesetz versuchten unsere Genossen, auch die Fideikommisse einer erheblichen Besteuerung zu unterziehen, leider vergeblich.

Heute sollen die Kriegskredite zur Annahme kommen, dann wird der Reichstag in die Ferien gehen.

*

Freitag, 12. Juli 1918.

190. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Rödern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

General v. Wrisberg, daß die Behauptung des Abg. Scheidemann in seiner letzten Rede, der Presse sei verboten, über Fliegerangriffe auf offene Städte zu berichten, so daß man in Berlin gar nicht erfahre, was in Süddeutschland an Frauen und Kindern durch solche Angriffe gemordet würde, der Begründung entbehre. (Widerspruch links.)

Anfragen.

Die Abgg. Roske (Soz.) und Cohen (Soz.) verweisen auf die in Warschau und Lodz offen angeschlagenen Aufrufe zu Judenpogromen. Diese aufreizenden Aufrufe konnten drei Tage lang an allen Ecken und Enden prangen, bevor sie entfernt wurden. Den jüdischen Zeitungen Polens wurde von der Zensur verboten, irgend etwas über die Pogromplakate zu schreiben, während eine in Lodz erscheinende polnische Zeitung sie im Wortlaut wiedergeben und hinzufügen konnte, der Inhalt entspreche der Stimmung der polnischen Massen.

Unterstaatssekretär Lewald: Es ist richtig, daß Flugblätter, in denen „zur Vertilgung der jüdischen Bande" aufgefordert wird, in den letzten Monaten wiederholt nachts in Warschau angeschlagen worden sind. In Lodz ist das polizeilich nicht festgestellt worden. Die Flugblätter sind jedesmal so schnell wie möglich entfernt worden; hierzu war ein ausdrücklicher Befehl ergangen. Bei der Ausdehnung von Warschau und bei der geringen Zahl deutscher Polizeimannschaften ist immerhin möglich, daß an den wenig belebten Stellen der Stadt die Aufrufe nicht sofort entfernt worden sind. Die Behauptung, daß jüdischen Zeitungen verboten worden ist, irgend etwas über die Flugblätter zu schreiben, entspricht nicht den Tatsachen.

Abg. Gothein (Vp.) beschwert sich, daß im Bereich des Stettiner Generalkommandos den zum Heeresdienst in der Heimat eingezogenen Rechtsanwälten das Auftreten vor Gericht verboten wird, wenn sie für die Volkspartei tätig sind, und daß ihr Auftreten durch untergeordnete Organe kontrolliert wird.

General v. Wriesberg bestreitet die Richtigkeit dieser Tatsachen.

Abg. Gothein (zur Ergänzung) weist auf verschiedene Fälle hin, in denen einzelnen Anwälten die Genehmigung zum Auftreten vor Gericht versagt worden ist, und auf einen Befehl des Stellvertretenden Generalkommandos in Stettin, wonach das außerordentliche Kriegsgericht das Verfahren auch dann nicht einstellen kann, wenn es von der Unschuld eines Angeklagten überzeugt ist. (Hört, hört! links.)

General v. Wriesberg: Ich kann darauf nicht antworten, denn das Material liegt mir nicht zur Verfügung. (Unruhe links.)

Abg. Gothein (zur Ergänzung): Ich habe das Material mit Namensnennung vor einiger Zeit dem Kriegsministerium übergeben.

General v. Wriesberg: Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen. (Große Unruhe links; Rufe: Unerhört!)

Abg. Weinhausen (Vp.) beschwert sich darüber, daß Hamburger und Danziger Zuckerfirmen sich schon seit Monaten vergeblich beim Reichswirtschaftsamt und bei der Zentraleinkaufsgesellschaft um eine Beteiligung bei der Ausfuhr des Zuckers aus der Ukraine bemühen.

Geheimrat v. Simson: Die Verhältnisse in der Ukraine ließen leider für eine Betätigung des deutschen Handels keinen Raum, da die ukrainische Regierung die Ausfuhr selbst in die Hand genommen hat.

Die Abgg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.), Held (NL.), Stücklen (Soz.), Dr. Wirth (Z.) weisen darauf hin, daß in der Sitzung vom 12. Juni seitens der Militärverwaltung gesagt wurde, ein allgemeines Verbot des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Reichstagsabgeordneten bestehe nicht. Es werden aber von vielen militärischen Stellen Angehörige der Armee mit kriminellen und disziplinarischen Strafen bedroht, falls sie mit Volksvertretern in Verkehr treten. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um Offiziere und Mannschaften gegen diese Uebergriffe kurzsichtiger Vorgesetzter zu sichern?

General v. Wriesberg: Solchen Fällen kann nur nachgegangen werden, wenn dem Kriegsministerium nähere Angaben darüber gemacht werden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen: Bestehen in einzelnen Truppenteilen besondere Verbote über den Verkehr zwischen Heeresangehörigen und Abgeordneten?

General v. Wriesberg: Der Heeresverwaltung ist nicht bekannt, daß Sonderverbote bestehen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (zur Ergänzung): In Tausenden von Frontbriefen, Briefen aus der Etappe und aus den Garnisonen wird Klage über das Verbot des Verkehrs zwischen Abgeordneten und Soldaten geführt.

General v. Wriesberg: Wenn der Heeresverwaltung solche Fälle vorliegen, werden sie nachgeprüft werden. Jedenfalls kann Bestrafungen nur nachgegangen werden, wenn im Kriegsministerium nähere Angaben über den einzelnen Fall gemacht werden.

Die Abg. Stücklen und Wels (Soz.) verweisen darauf, daß bei manchen Gefangenen-Ueberwachungs-Bataillonen allen Mannschaften der Urlaub gesperrt wird, wenn Entweichungen von Gefangenen vorkommen.

Oberst v. Fransecki erwidert, daß Fälle, in denen eine allgemeine Nachlässigkeit der Bewachungsmannschaft festgestellt werden kann, sich wohl ergeben können, und daß eine vorübergehende Verschiebung des Urlaubs zum Zweck der Untersuchung angängig sein könne. Nicht zu billigen wäre eine Urlaub-Zurückstellung aller Mannschaften, ohne daß ein zwingender Grund vorläge.

Abg. Rysiel (U. Soz.) führt Beschwerde darüber, daß den in der Ukraine stehenden deutschen Soldaten ihre Löhnung in österreichischer Währung ausgezahlt wird, wodurch sie bei dem Kurssturz der österreichischen Währung geschädigt werden.

General v. Oven: Durch eine Verfügung vom 18. April ist angeordnet worden, die Löhnung nicht mehr in Kronen auszuzahlen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß einzelne Anfragen, die das Auswärtige Amt betreffen, zurückgestellt werden müssen, da niemand vom Auswärtigen Amt anwesend sei.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des

Branntweinmonopols.

Der grundlegende § 1, über den gestern verhandelt wurde, wird unverändert angenommen.

Eine ganze Reihe weiterer Paragraphen werden ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 132 handelt von der Verwertung des Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen. Der Bundesrat wird ermächtigt, auch die Abgabe solchen Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen zuzulassen, der in öffentlichen Kranken-, Entbindungs- und ähnlichen Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendet wird.

Ein Schlußabsatz dieses Paragraphen besagt, daß den Krankenkassen für jedes Mitglied und Jahr eine Mark als Rückvergütung aus der Monopolkasse zu zahlen ist.

Mit der Aussprache verbunden wird § 252 b, der die Aufwendungen für Wohlfahrts- und Wirtschaftszwecke enthält.

Ein Antrag Dr. Blunck (Vp.) will den Schlußabsatz des § 132 ganz streichen, dafür aber in § 252b einfügen, daß 3 Millionen Mark aus der Monopoleinnahme jährlich zur Ermäßigung der Kosten für alkoholhaltige Heilmittel für die minderbemittelten Volkskreise, insbesondere die Mitglieder der Kranken- und Knappschaftskassen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Abg. Dr. Blunck (Vp.): Es handelt sich darum, daß den minderbemittelten Bevölkerungskreisen aus der Verteuerung der Arzneimittel, die die Vorlage mit sich bringen wird, keine Belastung entsteht. Die Formulierung des Ausschusses genügt nicht, weil sie lediglich den Kranken- und Knappschaftskassen eine Rückvergütung gewähren will, während wir der Meinung sind, daß diese Rückvergütung allgemein den minderbemittelten Volkskreisen gewährt werden muß.

Abg. Becker-Arnsberg (Z.) hält den Antrag Blunck für praktisch undurchführbar und bittet, es bei dem Beschluß des Ausschusses zu belassen.

Ministerialdirektor Meuschel tritt für den Antrag Blunck ein.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt, im § 252b statt 8 Millionen 16 Millionen zu bewilligen.

Mit dieser Aenderung wird der Antrag Blunck nach Streichung des letzten Absatzes im § 132 angenommen, so daß also 16 Millionen Mark zur Ermäßigung der Kosten der alkoholhaltigen Heilmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Die Debatte über die §§ 135 und 146 bis 151 wird verbunden.

§ 135 bestimmt, daß für die Essigerzeugung der Alkohol zu ermäßigten Preise von der Monopolverwaltung abgegeben werden soll, um diese wettbewerbsfähig zu erhalten gegenüber der chemischen Industrie.

In den §§ 149a und b wird die Kontingentierung der Essigerzeugung eingeführt und dahin geregelt, daß Bezugsrechte für die Gärungsessigindustrie und Betriebsrechte für die Holzessigindustrie gebildet werden.

Ein Antrag Dr. Blunck besagt: Die Bezugsrechte sind unbeschränkt übertragbar und auf Antrag auf Betriebsrechte anzurechnen.

Abg. Wurm (U. Soz.): Die Tendenz des Entwurfs ist darauf zugeschnitten, die Spirituserzeugung zu schützen gegen die neu aufgekommene chemisch-technische Industrie, die aus Kohle und Kalk Spiritus machen will. Die Regierung ist bereit, bis zum Preise von 120 Mk. für den Hektoliter Alkohol zur Essigerzeugung herunterzugehen gegenüber dem Hektoliterpreis von 1000 Mk. bei Alkohol für Trinkzwecke. Außerdem ist die Essigsäure, die auf chemischem Wege erzeugt wird, mit einer Verbrauchsabgabe von 160 Mk. belastet. Das ist die Falle, in die die Leute, die von den Dingen nichts verstehen, hineingelockt werden. Wenn diese Paragraphen angenommen werden, wird die Karbidessigindustrie schwer geschädigt zugunsten der Kartoffelbrennerei. Die Karbidessigindustrie ist dadurch, daß ihre Erzeugnisse von der Heeresverwaltung verbraucht wurden, verhindert gewesen, in der Kriegszeit Speiseessig unter Verbrauchsabgabe zu liefern. Das wird jetzt dazu benutzt, um sie von der Kontingentierung d. h. vom Markte auszuschließen, weil wir eben kein Betriebsrecht bekommen. Wir beantragen daher, damit die Holzessigindustrie nicht der Karbidessigindustrie die Bezugsrechte wegkauft, die Verkäufe für die Holzessigindustrie zu sperren.

Der Antrag Blunck wird angenommen, im übrigen werden die Kommissionsbeschlüsse bestätigt.

§ 238 handelt von der Uebertragung von Brennrechten.

Abg. Peus (Soz.) wünscht, unter Bezugnahme auf einen besonderen Fall in Dessau, daß auch Betriebe, die bisher noch kein Brennrecht besitzen, Brennrechte erwerben können.

Abg. Kreth (K.): Die gewerblichen Brennereien haben ein großes Interesse daran, davor geschützt zu werden, daß auch Zuckerfabriken Brennrechte erwerben.

§ 238 wird angenommen.

Bei § 252b, der u. a. bestimmt, daß aus der Monopoleinnahme jährlich 4 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht und ihrer Ursachen sowie zur Milderung der durch die Trunksucht herbeigeführten Schäden dem Reichskanzler zur Verfügung zu stellen sind, findet eine Abstimmung durch Hammelsprung statt.

Die 4 Millionen werden mit 161 Stimmen gegen 121 Stimmen bewilligt.

Im übrigen wird die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die

Abänderung des Gesetzs über den Absatz von Kalisalzen.

Die Kommission hat die in der Vorlage enthaltenen Sätze etwas vermindert.

Abg. Brockhausen (K.) wünscht, daß die Sätze der Regierungsvorlage wieder hergestellt werden, sonst müßten die Arbeiterlöhne wieder ermäßigt werden.

Abg. Gothein (Vp.) wendet sich gegen die Wiederheraufsetzung der Sätze und beantragt Teuerungszulagen für die Beamten.

Abg. Dr. Arendt (D. Fr.) unterstützt den Antrag Brockhausen.

Ministerialdirektor Müller bittet ebenfalls um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Brey (Soz.) widerspricht der Auffassung, daß die im Gesetz genannten Löhne Höchstlöhne seien, es handelt sich hierbei nach der Auffassung des Gesetzgebers und der Kommission um Mindestlöhne. — Dem Antrag Gothein auf Gewährung von Teuerungszulagen an die Beamten treten meine Freunde bei. — Die Wiederherstellung der Sätze der Regierungsvorlage ist umsomehr notwendig, als sonst das Gesetz jetzt nicht zustande kommt, die Kaliarbeiter, die schon solange auf eine Zulage warten, ihrer aber dringend bedürfen.

Abg. Albrecht (U. Soz.): Die Kalipreise, die die Kommission festgesetzt hat, genügen. Auch bei ihnen können die erhöhten Löhne den Arbeitern sehr wohl gezahlt werden.

Die Anträge Brockhausen (Wiederherstellung der Sätze der Regierungsvorlage für Kali) und Gothein (Teuerungszulagen) werden angenommen, der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Das Gesetz wird darauf sofort in dritter Lesung angenommen.

Da ein Vertreter des Auswärtigen Amts inzwischen erschienen ist, wird zu den kleinen Anfragen zurückgekehrt.

Abg. Heckscher (Vp.) fragt wegen des Schicksals der in den italienischen Kolonien zurückgehaltenen Deutschen.

Ministerialdirektor Kriege erklärt, daß Verhandlungen über die Verbringung dieser Deutschen nach Italien im Gange seien.

Abg. Richthofen (NL.) fragt wegen der Schädigung deutschen Eigentums im Fürstentum Monaco an.

Ministerialdirektor Kriege: Wenn nicht von Monaco binnen kürzester Frist volle Entschädigung gewährt wird, wird das in unserem Bereich befindliche monagassische Eigentum, speziell das des Fürsten, beschlagnahmt werden.

Hierauf wird das Gesetz über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen in dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgen Abstimmungen über Resolutionen zur Ernährungsfrage, von denen eine Anzahl angenommen, einige abgelehnt werden.

Angenommen wird ferner eine Resolution, die eine stärkere Kohlenförderung durch Heranziehung von Gefangenen und von Angehörigen des Heeres zur Kohlenförderung fordert.

Weiter wird angenommen eine Resolution, die von der Kleiderabgabe diejenigen Deutschen zu befreien wünscht, die weniger als 1200 Mk. Einkommen haben und diejenigen, die in den vom Feinde besetzt gewesenen Gebieten (Ostpreußen) wohnen.

Graf Westarp beantragt zur Geschäftsordnung, die Abstimmung über die Resolution zur Ernährungsfrage zu wiederholen, da das Haus sich bei dieser Abstimmung nicht bewußt gewesen wäre, worüber es abstimmt. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Abg. Haase (U. Soz.) widerspricht der Wiederholung. Ein solcher Vorgang würde uns auf eine schiefe Ebene führen.

Es folgt die dritte Lesung der Steuervorlage.

Abg. Keil (Soz.): Die Zeit zur Beratung dieser umfangreichen Steuergesetze war zu kurz. Um Härten zu vermeiden, ist in vielen Fällen dem Bundesrat in übermäßigem Umfange Vollmacht erteilt. Wir sprechen den Wunsch aus, daß uns in Zukunft solche Steuervorlagen rechtzeitig vorgelegt werden mögen. (Allseitige Zustimmung.) Eine neue Erscheinung ist diesmal, daß der Reichstag 1200 Millionen mehr Steuern beschlossen hat, als die Regierung vorgeschlagen hatte. Dabei hat er noch keinen Pfennig zu viel beschlossen, sondern eher zu wenig. Die Erbschaften werden bei uns steuerlich geschont, wie in keinem andern Lande Europas. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man belastet fortgesetzt den Verbrauch, anstatt die naheliegendsten Besitzsteuern heranzuziehen. Hunderte von Millionen werden so während des Krieges der Reichskasse entzogen. Die Stimmung, die dadurch im Volke erzeugt wird, wird eines Tages sicher ihre Wirkungen haben. Der Resolution, die eine allgemeine Vermögensabgabe zur Abbürdung der Kriegsschulden verlangt, stimmen wir zu. Von der außerordentlichen Kriegsabgabe, die beschlossen ist, hat man leider das reguläre Einkommen freigelassen. Dadurch sind wieder sehr große Einnahmen der Reichskasse entzogen. Immerhin ist es zu begrüßen, daß trotz des scharfen Widerstandes der einzelstaatlichen Finanzminister eine Besteuerung des Mehreinkommens und der Vermögen durch das Reich als einmaliger Akt zustande gekommen. Auf die Dauer aber wird sich das Volk die Schonung des Besitzes nicht gefallen lassen. Wir werden den Kampf weiter führen um eine Verteilung der Riesenlasten, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Das wird dann der Fall sein, wenn zunächst der Besitz bis an die äußerste Grenze des Zulässigen zur Steuer herangezogen wird. (Bravo! bei den Soz.)

Reichsschatzsekretär Graf Roedern spricht die Zustimmung der Regierung zu den vom Reichstag über die Regierungsvorlagen hinaus beschlossenen Steuern aus, und erklärt, daß der Reichsfinanzhof nicht in Berlin seinen Sitz haben wird, sondern in Süddeutschland. Ich bedauere, daß die Fraktion des Vorredners gegen den größeren Teil der Gesetze stimmen will. Es ist undenkbar, daß der Bedarf, vor dem wir jetzt stehen, allein durch Besitzsteuern gedeckt werden könnte. Deshalb war es richtig, bei den Verbrauchssteuern jetzt ganze Arbeit zu machen und dies Gebiet abschließend zu bearbeiten.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Der Kriegsabgabe werden wir zustimmen. Hätte man diese Abgabe vom Einkommen und Vermögen so herangezogen, wie wir es wünschten, so hätte man auf die Verbrauchs- und Verkehrssteuern verzichten können, die wir grundsätzlich ablehnen. Ganz besonders ist zu bedauern, daß man nicht daran gegangen ist, die Erbschaftssteuern recht kräftig zum Nutzen des Reiches auszubauen. Wir werden immer erneut eine erhöhte Reichswirtschaftssteuer verlangen. Auch jetzt bringen wir einen Antrag ein, eine Reichserbschaftssteuer und eine erhöhte Abgabe vom Vermögen zu verlangen. (Beifall b. d. U. Soz.)

Die Debatte schließt.

Unter Ablehnung der eben vom Abg. Bernstein erwähnten Anträge gegen die Stimmen der U. Soz. und der Sozialdemokraten wird die außerordentliche Kriegsabgabe angenommen.

Beim Reichsstempelgesetz liegt ein Antrag Antrick und Gen. (Soz.) vor, die Einkommen aus dem Fideikommiß zur Steuer mit hieranzuziehen. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 151 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Zu den übrigen Steuern liegen keine Wortmeldungen vor. Die Biersteuer, der Bierzoll, die Weinsteuer, Steuer auf Mineralwässer, die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, die Umsatzsteuer werden gegen die Stimmen der Unabhängigen und Sozialdemokraten angenommen.

Gegen die Schaumweinsteuer stimmen nur die Unabhängigen.

Einstimmig angenommen werden die Gesetze über die Steuerflucht und über den Finanzgerichtshof.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 10 Uhr. Dritte Lesung des Branntweinmonopols, Kriegskredite.

Schluß 7¾ Uhr.

Der amtliche Kriegsbericht.

Teilangriffe der Franzosen. — Lebhafte Gefechtstätigkeit.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich von Bailleul wurden mehrfach starke englische Abteilungen abgewiesen. Ebenso scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes nördlich von Albert. Heftigen Feuerkämpfen auf dem Westufer der Avre folgten zwischen Castel und Mailly Teilangriffe der Franzosen, die der Feind am Nachmittag bei Mailly, am Abend an dem ganzen Kampfabschnitt nach erneuter stärkster Artillerievorbereitung wiederholte. In Castel und auf dem Gehöfte Anchin setzte sich der Feind fest. Oestlich dieser Linie brachen seine Angriffe in unserem Gegenstoß zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Oise und Marne blieb die Gefechtstätigkeit lebhaft. Erneute Vorstöße des Feindes nördlich von Longpont und südlich des Ourcq wurden abgewiesen.

In den mittleren Vogesen und am Hartmannsweilerkopf lebt die Gefechtstätigkeit auf. Nordöstlich von Pont-a-Mousson und im Fava-Grunde scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes.

Im Juni wurden an den deutschen Fronten 468 feindliche Flugzeuge, darunter 92 durch unsere Flugabwehrgeschütze, und 62 Fesselballone abgeschossen. Hiervon sind 217 Flugzeuge in unserem Besitz. Der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt.

Wir haben im Kampfe 143 Flugzeuge und 51 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 13. Juli.

Todesanzeigen.

Unzählig sind die Traueranzeigen, die seit vier Jahren die Zeitungen füllen. Unsäglich das Leid, das uns ergreift, wenn wir immer wieder erfahren, wieviele junge blühende Menschenleben dieser Krieg als Opfer fordert. Der Gram, der aus den vielen Anzeigen spricht, ist der gleiche überall, aber wie verschieden ist die Form, in der er der Welt durch die Zeitung kundgetan wird. „In tiefer und doch stolzer Trauer", das war eine Wendung, die man nicht selten im ersten Kriegsjahre fand. Sie ist seither verschwunden. Um so häufiger finden wir jetzt die Mitteilung, daß Eltern den zweiten, den dritten Sohn, wenn nicht noch mehr Söhne opfern müssen. „Unser einziger Sohn, die Hoffnung unseres Alters", welcher Jammer liegt in diesen Worten. „Mein sonniger lieber Bub", klagt eine Witwe, die nun ganz einsam geworden ist. „Mein herzensguter Mann", „Der treubesorgte Vater meiner Kinder", immer kehren diese Wendungen wieder. Prunkvolle Traueranzeigen kommen, alte Adelsfamilien teilen mit, daß ihr Geschlecht nun ausstirbt. Oft füllen lange Ehrentitel die ganze Anzeige. Häufig werden eine ganze Reihe von Orden und Ehrenzeichen angeführt, die der Verstorbene sich erworben hat. Manche Wendungen muten wie Phrasen an. Die Familie will die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihr Leid lenken, will bewundert sein, wie standhaft sie sich dem unerforschlichen Ratschluß des Schicksals fügt. Arbeitgeber zeigen in langen Spalten die Reihe ihrer Arbeiter an, die in kurzer Zeit gefallen sind. Freunde und Arbeitskollegen widmen einer Anzahl treuer Freunde einen ehrenden Nachruf. Obersten, Hauptleute und andere Offiziere melden die Verluste, die ihr Regiment erlitten hat. Gar mancher, der jetzt fällt, hat von Anfang an in treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande gedient. Von vielen Gefallenen wird berichtet, was sie in ihrem Leben schon in Friedenswerken geleistet haben, was sie nicht nur für die Familie, was sie für die Menschheit geleistet haben oder noch hätten leisten können. Soldaten melden den Tod eines Vorgesetzten, der sie immer freundlich und anständig behandelt hat, der ihnen ein väterlicher Freund war und so gut wie möglich für sie gesorgt hat. Ein Leutnant teilt den Tod seines Burschen mit, den eine Kugel traf, als er ihn schwer verwundet aus dem Gewühl der Schlacht zu retten suchte. Kein Stand, kein Beruf, in dem nicht Tote zu verzeichnen sind. Treue Pflichterfüllung wird fast jedem nachgerühmt, ob alt ob jung, ob vornehm ob gering. Sie haben ihr Leben hingegeben für das Vaterland. Sie sind Opfer des Weltkrieges geworden.

Immer kehren die gleichen Wendungen wieder. Und doch fand ich dieser Tage eine Anzeige, die anders lautete als die vielen, die in den langen Kriegsmonaten erschienen. Es gehörte Mut zu dieser Anzeige. Vielleicht mutete sie deshalb so besonders rührend an. „Nach 2½jährigen Kämpfen verschied nach 16tägigem Krankenlager in einem Kriegslazarett in Frankreich mein lieber Bräutigam, der treue Vater meines Kindes. Mit ihm ging ein gutes treues Herz von uns, das wir nie vergessen werden." Unterzeichnet war der Name der Braut mit ihrem Töchterchen Trudchen. Eine ganze traurige Geschichte spricht aus dieser Anzeige. Das Paar hatte wohl keine Möglichkeit, sich kriegstrauen zu lassen. Vielleicht hatten hartherzige Eltern die Heirat nicht dulden wollen. Vielleicht sollte die Heirat bei dem nächsten Urlaub stattfinden. Der Fall an sich ist ja nicht vereinzelt. Daß die Braut aber den Mut hat, sich öffentlich zu dem Verstorbenen zu bekennen, das ist ein seltener Fall. Niemand soll glauben, daß er seine Pflichten an ihr und ihrem Kinde zu erfüllen versäumt hat. Sie rühmt sein gutes edles Herz, den treuen Vater ihres Kindes. Das Kind trägt den Namen des Vaters nicht, aber die Mutter wird sorgen, daß sein Andenken dem Kinde heilig ist. Vielleicht gibt es auch heute noch Sittenrichter, die an dieser Anzeige Anstoß nehmen. Viele wird aber das Schicksal dieser unverheirateten Mutter erschüttern. Sie werden den aufrechten Mut bewundern, mit dem sich die Braut zu dem toten Bräutigam bekennt.

Kartoffellieferung.

Wie aus der heutigen Anzeige hervorgeht, setzt die Lieferung von neuen Kartoffeln an die Bevölkerung langsam ein. Leider hat die kalte Witterung mit den schädigenden Nachtfrösten so nachteilig auf das Wachstum der Kartoffeln eingewirkt, daß später als allgemein erwartet werden durfte, die Versorgung mit neuen Kartoffeln in die Wege geleitet werden kann. In der vergangenen Woche sind aber die ersten Lieferungen aus den Lübeck zugewiesenen Bezirken erfolgt, und es steht zu hoffen, daß schon in allernächster Zeit mit bedeutend vermehrten Zufuhren gerechnet werden kann, so daß dann wieder die normale Lieferung einsetzt. Die vermehrte Zufuhr wird auch die hiesigen Gärtner veranlassen, mehr als jetzt genügend Kartoffeln auf den Markt zu bringen. Lange genug haben sie ja damit zurückgehalten.

Papierrundgarnabfälle. Am 13. Juli 1918 ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Höchstpreise für Papierrundgarnabfälle erschienen. Durch diese Bekanntmachung werden sämtliche vorhandenen und weiter anfallenden Papierrundgarnabfälle, welche bei der Herstellung oder Verarbeitung von Papierrundgarn anfallen, das aus Spinnpapier allein oder unter Mitverwendung von Faserstoffen hergestellt ist, beschlagnahmt. Die beschlagnahmten Gegenstände dürfen nur noch an die Kriegs-Hadern-Aktiengesellschaft in Berlin oder an die von dieser Gesellschaft bezeichneten Stellen veräußert und geliefert werden. Ebenso ist eine Verarbeitung der Gegenstände nur noch durch die Kriegs-Hadern-Aktiengesellschaft und in deren Auftrag gestattet. Die Bekanntmachung setzt auch Höchstpreise für die beschlagnahmten Papierrundgarnabfälle fest und ordnet eine Lagerbuchführung über sie an.

Gleichzeitig ist eine Nachtragsbekanntmachung zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916, betreffend Bestandserhebung von Natron- (Sulfat-) Zellstoff usw. erschienen, durch welche eine Meldepflicht für die Papierrundgarnabfälle, sofern die Vorräte 1000 kg übersteigen, angeordnet wird. Die erste Meldung ist über die am 1. August 1918 vorhandenen Vorräte bis zum 5. August zu erstatten. Der Wortlaut der beiden Bekanntmachungen ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Ludendorff-Spende. Dem Ausschuß für die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte wurden von Herrn Direktor Heinr. Thiel Mark 500 überwiesen mit der Mitteilung, daß dieser Betrag gelegentlich der in Lübeck abgehaltenen Arbeitgeberkonferenz der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gesammelt, von dem Geschäftsführer der letzteren mit dem Bemerken nach hier übersandt wurde, daß die betreffenden Herren sich in Lübecks Mauern so wohl gefühlt hätten. (Diese Konferenz sprach sich bekanntlich gegen die von den Arbeitern geforderte reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung aus. Red. d. „L. V.") — Die Sammlung der Lübecker Senatsbeamten und -Angestellten erbrachte über 7500 Mk.

Ein kurzes heftiges Gewitter, begleitet von starken Regengüssen, entlud sich gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr über unserer Stadt. Von Blitzschäden ist uns bisher nichts bekannt geworden.

pb. **Wegen Diebstahls verhaftet.** Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Kleinen Gröpelgrube wohnhafter Arbeiter, der in Heilshop die lederne Wagendecke eines, einem dort wohnhaften Landmann gehörigen Wagens gestohlen und diese an einen Pantoffelmacher in Heidekamp verkauft hatte. Die wertvolle Decke konnte wieder herbeigeschafft werden.

pb. **Verdächtig.** Ermittelt und festgenommen wurde ein fahnenflüchtiger Matrose, der außerdem in dem dringenden Verdacht steht, vor acht Tagen ein Fahrrad aus dem Hausflur eines Hauses in der Großen Burgstraße gestohlen und dieses in Travemünde verkauft zu haben.

pb. **Seinen Logiskollegen bestohlen.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Ringstedt, der seinem Logiskollegen während dieser sich zu einer Strafverbüßung in Haft befand, diverse Kleidungsstücke usw. gestohlen hatte.

pb. **Unterschlagung.** Auf Grund steckbriefmäßiger Verfolgung wurde der frühere Arbeiter einer hiesigen Papierhandlung festgenommen, der seinem Arbeitgeber eine ngrößeren Geldbetrag unterschlagen hatte und damit flüchtig geworden war.

pb. **Festgenommen** wurde das Dienstmädchen einer hiesigen Wirtschaft, welches in Gemeinschaft mit einem Hausdiener seinem Dienstherrn eine größere Menge Zigaretten gestohlen hatte.

pb. **Zur Anzeige gebracht** wurde eine in der Wakenitzmauer wohnhafte Ehefrau, die ihrem Arbeitgeber, einem hiesigen Weinhändler, nach und nach eine größere Menge Wein gestohlen hatte, mit dem ihr Ehemann seine Trinkleidenschaft stillte. Letzterer dürfte sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

pb. **Wegen gewerbsmäßiger Kuppelei** wurde eine in der Weberstraße wohnhafte ältere Ehefrau festgenommen, die Zimmer ihrer Wohnung gegen Entgelt solchen Pärchen zur Verfügung stellte, die ein Stelldichein suchten. — Ein in der Großen Gröpelgrube wohnhafter Arbeiter, der von dem Treiben dieser Frau Kenntnis erhalten hatte, stellte dort unter der Vorgabe Kriminalbeamter zu sein, Ermittelungen an und nutzte die auf diese Weise erlangte Adresse einer Dame dazu aus, von dieser 200 Mark zu erpressen. Der Erpresser mußte daher das Schicksal der Kupplerin teilen.

Hamburg. Auf einem Schulausflug ertrunken ist das 13jährige Mädchen Schwarz, die sich in Poppenbüttel mit anderen Mädchen von der Lehrerin und der Hauptgruppe getrennt hatte und bei der Schleuse in die Alster gefallen war. Der Strudel hat die Verunglückte in die Tiefe gezogen. Der Vater der Verunglückten ist vor kurzem im Felde gefallen.

Kiel. Der Mord in Kitzeberg beschäftigte Freitag das Feldkriegsgericht. Der Obersignalgast Paul Niemann wurde beschuldigt, die unverehelichte Klara Rosemer aus Dietrichsdorf ermordet zu haben. Man fand deren Leiche mit durchschnittenem Hals am Abend des 25. Mai im Gehölz bei Kitzeberg. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf Niemann, der mit der Ermordeten intim verkehrt und auch am Abend vor ihrem Tode noch mit ihr zusammen war. Der Tod war mit einem Rasiermesser herbeigeführt, das man bei der Toten fand und das auch zur Entdeckung des Täters führte. Niemann ist 1895 in Rumpshagen in Mecklenburg geboren und Landwirt von Beruf. Sein Vater ist Erbpächter in Fipperow. Bei der finnischen Unternehmung ist er mit einem Eisbrecher untergegangen und dabei verletzt worden. N. gibt zu, der Klara Rosemer die tödliche Verletzung mit dem Rasiermesser beigebracht zu haben. Er hat die Getötete kurz vor Pfingsten 1917 kennen gelernt und seitdem regelmäßig mit ihr verkehrt. Der Verkehr wurde bald sehr intim. Als die R. sich in anderen Umständen befand, soll er ihr die Ehe versprochen, auch von einer Kriegstrauung gesprochen haben. Der Angeklagte gibt das zu. Auch in bezug auf Geschenke scheint der Angeklagte der R. allerlei Versprechungen gemacht zu haben, die er nicht erfüllt hat. Zu Weihnachten fuhr er auf Urlaub. Zu der R. sagte er, er käme nach Mecklenburg. Er gab ihr auch keine Adresse an, jedenfalls wollte er sich aus ihren Verpflichtungen gegenüber der von ihm geschwängerten R. entziehen. Er hatte damals auch schon Beziehungen zu einem anderen Mädchen in seiner Heimat, mit dem er sich schon im Januar anläßlich eines Heimaturlaubs heimlich verlobte. Ende März hatte er wieder Heimaturlaub und da verlobte er sich öffentlich. Als er dann Anfang April zurückkehrte, fand er einen Brief der R. vor, weshalb er nichts von sich hören ließe. Die R. hatte sich, da sie gar nichts von ihm hörte, an das Reichsmarineamt gewandt, um seinen Aufenthalt zu erfahren. Er traf sich wieder mit ihr, von der Verlobung sagte er nichts. Seit jener Zeit will er nur noch zwei- bis dreimal mit ihr zusammengewesen sein. Um jene Zeit äußerte er sich auch zu anderen, es müsse Schluß gemacht werden, zwei wären zuviel. Am Donnerstag, dem 23. Mai, verabredete er sich mit der R. nach dem Kitzeberger Gehölz. Er sagte ihr, daß er sie wegen ihrer Niederkunft in Heikendorf unterbringen wolle. Bisdahin hatte er sich aber noch nicht um eine Wohnung bemüht. Zum 25. Mai wurde eine neue Zusammenkunft verabredet. Als er nachmittags von Bord ging, hat er das Rasiermesser mitgenommen, angeblich, weil er sich in der Stadt noch rasieren lassen wollte. Dazu sei er aber nicht mehr gekommen, weil er sonst nicht mehr mit dem Dampfer nach Kitzeberg gekommen wäre. Das klingt jedoch sehr unglaubwürdig, da er an Bord Gelegenheit dazu hatte, in der Stadt aber gar keine Zeit mehr dazu war, nach dem Zeitpunkt des Weggehens von Bord und der Abfahrt des Dampfers nach drüben. Das Messer hat er vorher bei einem Barbier an der Hamburger Chaussee abziehen lassen, angeblich, weil es nicht schnitt. Auffällig ist, daß er den abgelegenen Barbier aufsuchte. Die Vermutung liegt nahe, daß er schon damals etwas im Schilde führte und sich den abgelegenen Barbier aussuchte, um die Recherchen zu erschweren. (Die Verhandlung dauert fort.)

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur. Die Parteiorganisation des Reichstagswahlkreises Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode stellte als Reichstagskandidaten für die nächsten Wahlen den Chefredakteur der Magdeburger „Volksstimme", Genossen Bader, gegen den bisherigen Vertreter, den Reichstagabgeordneten Brandes, auf. Gegen diesen fielen scharfe Worte wegen seines Disziplinbruches. Brandes ist bekanntlich zu den Unabhängigen übergegangen.

Die Kriegskredite in der Fraktion. Der „Vorwärts" gibt einen Bericht von der Generalversammlung des Wahlvereins Hanau, demzufolge der Abgeordnete des Kreises, Genosse Hoch, dort erklärt hätte: „Die neuen Kriegskredite wurden in der Fraktion **mit 25 gegen 24 Stimmen angenommen.**" Offenbar hat der Berichterstatter Hoch mißverstanden. In Wahrheit hat die Fraktion jüngst — aber vor der Kühlmann-Krise — die **Zustimmung zu den Kriegskrediten mit allen gegen 8 Stimmen beschlossen.** Die Minderheit war kleiner geworden als jemals seit 1915.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Laubholen der Schwartauer Schulkinder!

Ich möchte einmal anfragen, ob die Schule dazu da ist, daß die Kinder 3—4 mal in der Woche in der Unterrichtszeit zum Laubpflücken gehen. Ich schicke zwei Söhne zur Schule und habe ihnen erlaubt einmal die Woche mit zum Laubholen zu gehen. Nun hatte ich meinen Kindern verboten, sich am Montag, dem 8. Juli, am Laubholen zu beteiligen. Was macht nun Herr Lehrer Graage? Er setzt meinen Sohn von den Klassenplatz 17 auf den 40., also den zweitletzten. Einen anderen Knaben hat er nach der 4. Klasse zurückversetzt. Es ist doch unerhört! Herr Graage sagt aber selber, in der Schule habe ich bloß allein etwas zu sagen. Wenn aber Herr Graage 8 Tage Kino abhält und dann die Klasse keine Schule hat, oder wenn er jeden Morgen zwischen 9 und 10 Uhr auf dem Rathause die Zeitung liest und dann die Kinder sich allein überlassen sind, dann ist das etwas anderes. Wenn Herr Graage beim Laubholen sich hinlegt, die Zeitung liest und dadurch, daß er Sachen ißt, die den Kindern leider nicht zur Verfügung stehen, ihnen, die oftmals nicht das trockne Brot mitzunehmen haben, den Mund wässerig macht, dann kann er das wohl aushalten. Das ist auch besser als in der Schule sitzen und sich an den Volksschülern ärgern. Ein Vater.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Warenausgabe

in der Woche vom 15. bis 21. Juli 1918.

1. **Auf die Bezugsausweise des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.**

Butter:	Abschnitt 34	70	Gramm Butter zum Preise von 49 Pfg.
Speisefett:	„ 34		
Zucker:	„ 46-51	je 125	Gramm Zucker (bis 4. August 1918).
Mühlenfabrikate:	„ 42	125	Gramm Nudeln (Wasserware) zum Preise von 60 Pfg. für ½ kg.
	„ J 49	125	Gramm Graupen zum Preise von 36 Pfg. für ½ kg.
Aufstrichmittel:	„ 34	125	Gramm Kunsthonig zum Preise von 75 Pfg. für ½ kg.
Eier:	„ 33	ein Ei	zum Preise von 35 Pfg. (soweit noch nicht bezogen)
Warenkarte	„ 67	125	Gramm Morgentrank zum Preise von 45 Pfg. für 1 Paket v. 250 Gramm.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Mühlenfabrikate und Aufstrichmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren **nur** in den auf der Rückseite der **Karte** verzeichneten Geschäften verabfolgt und entnommen werden. Die auf die Warenkarte zur Ausgabe gelangenden 125 Gramm Morgentrank dürfen an die **Selbstversorger von Mühlenfabrikaten nicht** verabfolgt werden.

2. **Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber in der Woche vom 15. bis 21. Juli 1918**

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.
Halbe „ 35 Gramm Butter, 75 Gramm Zucker, 125 Gramm Nudeln oder 125 Gramm Graupen, 125 Gramm Morgentrank, 125 Gramm Kunsthonig.

Die Waren sind in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. **Auf die Fettzusatzkarte für Schwerstarbeiter,** Abschnitt 60. 250 Gramm Käse zum Preise von 70 Pfg.
4. **Auf Butterbezugshefte:** ⅞ der höchstzulässigen Bezugsmenge in Butter.

Lübeck, den 12. Juli 1918. (3316

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

über Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Durch Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 24. April 1918 ist für ganz Nordwest-Deutschland eine Preiskommission gebildet worden zur einheitlichen Festsetzung der Erzeugerpreise, sowie gemäß § 7 Absatz 3 der Verordnung vom 3. April 1917 auch zur einheitlichen Bestimmung der Groß- und Kleinhandelspreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des Beschlusses dieser Kommission werden für das lübeckische Staatsgebiet vom Dienstag, dem 16. Juli 1918 folgende Höchstpreise festgesetzt:

	Erzeugerpreis	Gruppe A Großhandelspreis	Gruppe A Kleinhandelspreis	Gruppe B Großhandelspreis	Gruppe B Kleinhandelspreis
1. Spinat					
a. Blattspinat la loser	30 „	38 „	50 „	35 „	42 „
b. Wurzel- u. Doldenspinat	20 „	26 „	35 „	25 „	33 „
2. Rhabarber nur mit Blattansatz v. nicht üb. 3 cm Länge	13 „	16 „	22 „	15 „	18 „
3. Erbsen	35 „	46 „	55 „	42 „	50 „
4. Mairüben ohne Kraut	6 „	10 „	14 „	8 „	12 „
5. Kohlrabi					
a mitgesundem handelsüblichem Kraut	23 „	29 „	35 „	28 „	34 „
b ohne Kraut	28 „	34 „	42 „	32 „	40 „
6. Frühzwiebeln					
a mit Lauch	20 „	26 „	32 „	25 „	30 „
b ohne Lauch	30 „	38 „	48 „	37 „	45 „
7. Junge Möhren und längliche Karotten*)					
a mit Kraut v. höchstens 15 cm Länge	18 „	24 „	32 „	22 „	28 „
b ohne Kraut	28 „	36 „	45 „	33 „	40 „
8. Runde kleine Karotten*)					
a mit Kraut v. höchstens 15 cm Länge	26 „	33 „	40 „	32 „	38 „
b ohne Kraut	38 „	45 „	55 „	42 „	50 „
9. Frühwirsingkohl	20 „	26 „	32 „	24 „	30 „
10. Frühweißkohl	20 „	26 „	32 „	24 „	30 „
11. Frührotkohl	25 „	32 „	40 „	30 „	38 „
12. Große Bohnen (Sau- od. Puffbohnen)	25 „	33 „	40 „	30 „	36 „
13. Grüne Bohnen (Schneide- u. Brechbohn.)	40 „	54 „	70 „	48 „	60 „
14. Wachsbohnen	50 „	62 „	75 „	58 „	70 „
15. Tomaten	100 „	130 „	150 „	130 „	150 „
16. Süße Kirsch. I. Wahl	45 „	60**) „	75 „	60 „	75 „
17. Preß-, Brenn- u. Marmeladekirschen sowie Kirsch. 2. Wahl	35 „	50 „	60 „	50 „	60 „
18. Saure Kirsch. I. Wahl	60 „	75 „	90 „	75 „	90 „
19. Saure Preß-, Brenn- u. Marmeladekirschen	35 „	50 „	60 „	50 „	60 „
20. Erdbeeren I. Wahl	120 „	150 „	180 „	140 „	165 „
21. Erdbeeren Faßware	75 „	100 „	125 „	100 „	120 „
22. Wald- und Monatserdbeeren	180 „	210 „	250 „	210 „	250 „
23. Stachelbeer.	45 „	60 „	70 „	55 „	65 „
24. Johannisbeeren, rote und weiße	50 „	60 „	70 „	55 „	65 „
25. Johannisbeeren, schwarze	60 „	70 „	80 „	66 „	75 „
26. Himbeeren in klein. Packung. (Körben von nicht mehr als 5 Pfd. Inhalt)	150 „	180 „	210 „	170 „	200 „
27. Himbeeren, Faß- u. Kübelware	75 „	95 „	120 „	85 „	100 „
28. Blaubeeren (Bickbeeren)	55 „	75 „	90 „	70 „	85 „
29. Kronsbeeren (Preißelbeeren)	65 „	85 „	110 „	80 „	105 „
30. Pflaumen, 1. Sorte (großfrücht. Pflaumen u. Frühzwetschen, nicht Hauszwetschen)	50 „	70 „	90 „	65 „	80 „
31. Pflaumen, 2. Sorte (kleinfrücht. Pflaumen	30 „	40 „	50 „	36 „	45 „
32. Frühäpfel	35 „	45 „	55 „	42 „	50 „
33. Frühbirnen	30 „	40 „	50 „	37 „	45 „
34. Falläpfel- u. -birnen	15 „	20 „	25 „	20 „	25 „

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der als Erzeugerpreis für Bickbeeren genannte Preis sich für Ablieferung frei Versandwaggon versteht, also nicht den Pflück- und Sammellohn enthält.

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Erzeugerpreise gelten für das ganze lübeckische Staatsgebiet, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe A für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet.

Auf Grund § 5 der Lieferungsverträge ist der Erzeuger, der Lieferungsverträge abgeschlossen hat, zur Lieferung auf Grund vorstehender Erzeugerpreise verpflichtet.

Die sämtlichen früher veröffentlichten Höchstpreise, außer den in dieser Bekanntmachung erwähnten, sind aufgehoben.

*) Es ist verboten, bei Bahn- und Schiffsversand und bei Lieferung auf Grund von Lieferungsverträgen Möhren und Karotten mit Kraut zu versenden.

**) Bei den aus den alten Landen überwiesenen Kirschen ist die Stadt-Obst- und Gemüsestelle berechtigt, einen Zuschlag von 2 Mk. zu dem Großhandelspreis von 60 Pfg. zu berechnen.

Lübeck, den 12. Juli 1918. (3324

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Ausgabe von Zusatzbrotkarten für die arbeitende Bevölkerung.

1. Für die Zeit vom 19. Juli bis 30. August 1918 werden Zusatzbrotkarten für die arbeitende Bevölkerung nach den Bestimmungen des Polizeiamts vom 22. August 1917 ausgegeben und zwar

a) für Schwerarbeiter solche über 500 Gramm Brot wöchentlich,
b) für Minderschwerarbeiter solche über 400 Gramm Brot wöchentlich.

2. Bei Stellung des Antrages auf Bewilligung einer Zusatzbrotkarte ist das mit Namen des Antragstellers versehene Lebensmittelkartenheft 5 oder die Lebensmittelkarte vorzulegen.

3. **Landwirtschaftliche Selbstversorger, welche bei der Körnerernte selbst körperlich schwer mitarbeiten, erhalten die Zusatzbrotkarten für Schwerarbeiter (500 Gramm wöchentlich).**

4. Die Zusatzbrotkarten über **500 Gramm Brot** werden unter Vorlegung der **gelben** Arbeitgeberbescheinigung ausgegeben an die Verbraucher, deren Familienname anfängt

mit den Buchstaben **A** bis **F** am Dienstag, dem 16. Juli 1918
mit den Buchstaben **G** bis **K** am Mittwoch, dem 17. Juli 1918
mit den Buchstaben **L** bis **R** am Donnerstag, dem 18. Juli 1918
mit den Buchstaben **S** bis **Z** am Freitag, dem 19. Juli 1918

von 9—1 Uhr vorm. u. von 4—8 Uhr nachm., im Eingemeindungs- und Landgebiet in den üblichen Geschäftsstunden

und zwar:

a) für die innere Stadt in den Geschäftsräumen des Polizeiamtes, Mengstraße 6, I.
b) für die Vorstadt St. Lorenz in der Polizeiwache St. Lorenz, Hansastraße,
c) für die Vorstadt St. Gertrud in der Polizeiwache St. Gertrud,
d) für die Vorstadt St. Jürgen in der Polizeiwache St. Jürgen, Ratzeburger Allee,
e) für Travemünde in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,
f) für das übrige Eingemeindungsgebiet bei den Polizeistationen,
g) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

5. Die Zusatzbrotkarten über **400 Gramm Brot** werden unter Vorlegung der **grauen** Arbeitgeberbescheinigung ausgegeben an die Verbraucher, deren Familienname anfängt

mit den Buchstaben **A** bis **L** am Dienstag, dem 16. Juli 1918
mit den Buchstaben **M** bis **Z** am Mittwoch, dem 17. Juli 1918

von 9—1 Uhr vorm. und 4—8 Uhr nachm., im Eingemeindungs- und Landgebiet in den üblich. Geschäftsstunden

und zwar

a) für die Brotkartenbezirke 1 und 2 (Jakobi- und Marien-Magdalenen-Quartier) in der Kanzleiwache,
b) für die Brotkartenbezirke 3 und 4 (Marien- und Johannis-Quartier) in der Domknabenschule, Domkirchhof 5,
c) für die Brotkartenbezirke 5 und 6 (Vorstadt St. Jürgen) in der Gastwirtschaft „Zur Hoffnung", Hüxtertor-Allee 23 a,
d) für die Brotkartenbezirke 7 und 8 (St. Lorenz-Süd) im Gasthof „Zum Reuterkrug", Moislinger Allee 18,
e) für den Brotkartenbezirk 9 (St. Lorenz III) in der Gastwirtschaft von Loffhagen, Fackenburger Allee 38,
f) für die Brotkartenbezirke 10 und 11 (St. Lorenz-Nord IV und V) in der Schänkwirtschaft von Wiencke, Waisenhofstraße 23,
g) für die Vorstadt St. Gertrud im Bürgerverein, Königstr. 25,
h) für Travemünde in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,
i) für das übrige Eingemeindungsgebiet bei den Polizeistationen,
k) für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

6. Die Fortdauer der Arbeit ist von demselben Arbeitgeber unter erneutem Beidruck des Firmen- oder Dienststempels nebst Namensunterschrift zu bescheinigen. Bei einem Wechsel des Arbeitgebers verliert die Bescheinigung ihre Gültigkeit.

7. **Die Zusatzbrotkarten werden nur an den vorstehend unter 4 und 5 genannten Zeiten ausgegeben.** Ausnahmen werden nur gemacht bei Personen,

a) die ausweislich ihres Meldescheines erst nach den Ausgabetagen nach Lübeck übersiedeln;
b) die **nach** den Ausgabetagen eine zum Bezuge von Zusatzbrotkarten berechtigende Beschäftigung aufnehmen und noch nicht im Besitze von Zusatzbrotkarten sind;
c) die nachweislich durch Krankheit verhindert waren, sich rechtzeitig eine Zusatzbrotkarte zu besorgen;
d) die aus dem Militärdienst entlassen werden.

8. **Die Abholung der Karten darf nicht durch Kinder unter 12 Jahren geschehen.**

Lübeck, den 12. Juli 1918. (3309

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Ausschusses für Kriegshilfe wird hierdurch bekanntgegeben, daß in der Woche vom 15.—21. Juli 1918 als Ersatz für fehlende Kartoffeln Kartoffelstärkemehl zur Ausgabe gelangt. Es werden auf jeden Unterabschnitt des Abschnittes 1 der roten Kartoffelkarte 25 Gramm; im Höchstfalle auf sämtliche Unterabschnitte des Abschnittes 1 insgesamt 350 Gramm Kartoffelstärkemehl zum Preise von 84 Pfg. für ½ kg. (1 Pfund) abgegeben.

Das Kartoffelmehl ist in folgenden Geschäften erhältlich:

Bening, R., Kronsford. Allee 6 a
Brügmann, R., „ „ 111
Büsen, Reinh., Arnimstr. 1 a
Buhrmann, T., Holstenstr. 23
Cornehl, P., Schwart. Allee 94
Drefalt, H., Breite Straße 28-30
Effland, Conr., Lützowstr. 10
Eichstädt, Hans, Mühlenstr. 42
Finke, Emil, Spillerstr. 5
Fromm, Rud., Fackenb. Allee 25
Hack, Rich., Kottwitzstr. 39
Hardt, Conr., Hüxstr. 126
Harttkopf, C., Adlerstr. 58
Hempel, W., Hansastr. 33 a
Konsumverein f. Lübeck u. Umg. sämtliche Warenabgabestell.
Kühnast, Ludw., Percevalstr. 21
Lorenz, B., Attendornstr. 57
Markwardt, Paul, Seydlitzstr. 18
Meins, Heinr., Dankwartsgrube 50
Menges, H., Marlesgrube 20
Maßberg, H., Engelswisch 57
Raasch, R., Kücknitz
Roeper, L., Königstr. 75
Sahn, C. W., Schlutup
Schicke, O., Fackenb. Allee 70
Schwedt, Franz, Gr. Burgstr. 29
Timm, Carl Fr., Glockengießerstraße 16
Thomsen & Karnatz, Moislinger Allee 2
Wede, Hans, Schwart. Allee 5
Welcher, Ludw., Lange Reihe 2a

Die gesammelten Abschnitte sind von den Kleinhändlern unter Angabe des Restbestandes am Montag, dem 22. Juli 1918 der unterzeichneten Geschäftsstelle einzureichen.

Lübeck, den 11. Juli 1918. (3317

Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln und Kartoffelmehl.

Der Ausschuß für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I.

Vom 15. bis 21. Juli d. J. dürfen, soweit vorhanden, auf die Unterabschnitte 1—6 des Abschnittes 1 der roten Kartoffelkarte 3 Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden. Je 2 der Unterabschnitte 1—6 berechtigen zur Entnahme von 1 Pfund Kartoffeln.

Die Entnahme der Kartoffeln kann auch bei den Kartoffelerzeugern und bei sonst von der Städtischen Kartoffelstelle nicht zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelkartenabschnitte geschehen.

II.

Soweit Kartoffeln nicht erhältlich sind, berechtigen die Unterabschnitte 1—14 des Abschnittes 1 der roten Kartoffelkarte zur Entnahme von je 25 Gramm Kartoffelstärkemehl. Ueber dessen Abgabe bestimmt die Nahrungsmittelverteilungsstelle näheres.

III.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 12. Juli 1918. (3316

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Bekanntmachung.

Am Montag, dem 15. und Dienstag, dem 16. Juli 1918 können **Personen im Alter von über 70 Jahren** Bezugsausweise für

1 Pfund Zwieback

in der Börse (Eingang vom Markt) während der Zeit von 9—12 und 3—5 Uhr erhalten.

Geburtsausweis ist vorzulegen!

Lübeck, den 12. Juli 1918. (3314

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Eine Bekanntmachung und eine Nachtragsbekanntmachung Nr. W. IV. 1200/7. 18. KRA. betreffend

Beschlagnahme und Höchstpreise von Papierrundgarnabfällen,

Nr. W. M. 100/7. 18. KRA. betreffend Bestandserhebung von Papierrundgarnabfällen zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916 Nr. W. M. 312/10. 16. KRA. betreffend Bestandserhebung von Natron-(Sulfat-)Zellstoff usw. vom 13. Juli 1918 werden heute durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Polizeibehörden, sowie durch öffentlichen Anschlag und Aushang veröffentlicht.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist bei den Landratsämtern und Polizeibehörden einzusehen.

3310) **Stellv. Generalkommando IX. A.-K.**

Während der Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September werden unsere Kanzleien

Mittwochs u. Sonnabends um 1 Uhr mittags,

an den übrigen Werktagen um 5 Uhr nachm. geschlossen.

Bienert, Hermann Brehmer, E. Fehling & Dr. Cuwie, Dr. Hans Fock, Heinrich Focke, Dres. Görtz, Muus, E. Brehmer I, Hinrichsen, Hach, Haessler, Dr. Hoffmann, Jacobsohn & Dr. Meyer, Dres. Kähler & Uter, Dr. Koch, Dr. Mandorpf, Mollwo, Dr. Priess, Dres. Schröder & Landau, Steinbömer, Dr. Wittern, Schorer, Dr. Munck, Dr. Weber, Weyrowitz.

3329)

Tischler, Zimmerleute u. Schlosser

werden dauernd eingestellt von

Flugzeugbau Friedrichshafen G. m. b. H.

3321) **Werft Warnemünde.**

Nach längerem schwerem Leiden entschlief sanft meine liebe unvergeßliche Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, unsere gute Tochter, Schwiegertochter u. Schwägerin

Luise Stelly

geb. **Dierck**

im 45. Lebensjahre, tief betrauert und schmerzlich vermißt von den Ihrigen.

Friedrich Stelly
und **Kinder.**

Lübeck, d. 12. Juli 1918. Emilienstr. 7a.

Die Trauerfeier findet am Dienstag 1¾ Uhr in der Vorwerker Friedhofskapelle statt. 3328

Trotz der Möbelknappheit

finden Sie in meinen beiden Geschäften

enorme Auswahl

in neuen und gebrauchten Möbeln

zu billigen Preisen.

Schlafzimmereinrichtungen, Wohnzimmereinrichtungen, Kücheneinrichtungen,

sowie sämtliche Einzel-Möbel.

Vereinigte Möbelkaufhäuser,

Königstr. 73 (Ecke Hüxstr.) und Hüxstraße 47. (3327

Für all die vielen Beweise freundlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter

Magdalena Körner,

geb. **Rahlf.**

danken wir hierdurch herzlich.

Joh. Körner,
Ida Böbs, Wwe.
und **Familien.**

3323)

Motore aller Art,

Automobile, Motorräder, Motorlokomobilen zahle bei sofortiger Kasse hohe Preise. Motorenhaus **Fr. Laufer**, Schönkampstr. 6 b. Tel. 2731. (3322

Bis auf weiteres (3299

Sprechstunden nur nachm. 5—6 Uhr.

Prakt. Arzt Raben.

Ausgekämmtes Frauenhaar

zahle Pfund **8.00** Mk.

Männerschnitthaare

Pfund 70 Pfg.

3320 **Lissauer, Kl. Schrangen 8.**

Bürsten-Einzieherinnen

werden gesucht.

H. Maschmann,
Königstraße 114.

3307

Aerztlicher Sonntagsdienst

am Sonntag, 14. Juli (331)

Dr. Leonhard, Roeckstr. 17 b.
Dr. Petersen, Mengstr. 16.
Dr. Groenswold, Lindenplatz 2

Nr. 162
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Sonnabend, den 13. Juli 1918

Die Militärdebatten im Reichstag.

Die dritte Lesung des Militäretats im Reichstag führte noch einmal zu einer recht umfangreichen Aussprache, die nicht zum wenigsten deshalb notwendig wurde, weil die Vertreter der Heeresverwaltung es unterlassen hatten, zu den gestellten Anträgen sich zu äußern. Das Verhalten dieser Herren ist direkt auffällig, die Taktik, die sie einschlagen, kann sich der Reichstag auf die Dauer nicht gefallen lassen. Der Kriegsminister folgt den Verhandlungen in der Weise, daß er der Rednertribüne meist den Rücken zukehrt, nur wenn ein Redner einmal einen besonders scharfen Ton anschlägt, kann man bemerken, daß er nicht völlig teilnahmslos dasitzt. Es folgt dann eine kurze entrüstete Zurückweisung erhobener Angriffe, ohne daß aber im allgemeinen auf die Ausführungen der Redner eingegangen wird. Dabei lagen diesmal nicht weniger als 47 Anträge zum Heeresetat vor. In den ersten Kriegsjahren hatten eigentlich nur die Sozialdemokraten Anträge gestellt. Die bürgerlichen Parteien beschränkten sich darauf, diese Anträge durch Zusätze möglichst zu verwässern. Später kamen dann Zentrum und Fortschrittler mit eigenen Anträgen, dann folgten die Konservativen und diesmal sind selbst die Nationalliberalen mit einem halben Dutzend Anträgen auf dem Plan erschienen.

Die Sozialdemokraten hatten beantragt: Aufhebung der Verordnung vom 24. Januar 1918 betreffend den Wegfall von Zulagen; den **Angehörigen des Mannschaftsstandes bei der Entlassung, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, eine brauchbare Uniform sowie ein Paar gute Stiefel kostenlos zu überlassen; den deutschen Kriegsgefangenen die Zeit ihrer Gefangenschaft als Dienstzeit anzurechnen; den länger als drei Jahre dienenden Mannschaften eine Zulage,** nach der Länge der Dienstzeit bemessen, **zu gewähren;** die **Entschädigung** der auf **Selbstverpflegung** angewiesenen Mannschaften von täglich 2 Mk. **auf 2,50 Mk.,** in Berlin auf 3 Mk. **zu erhöhen;** mit aller Beschleunigung eine **Erhöhung der Bezüge der militärischen Friedenspensionäre aus dem Mannschaftsstande** herbeizuführen; dahin zu wirken, daß der **Kriegslohn** der in den Proviantämtern und Bekleidungsämtern beschäftigten Arbeiter eine den gestiegenen Kosten des Lebensbedarfs genügende **Erhöhung erfährt.**

Selbstverständlich haben unsere Redner mit allem Nachdruck eine **Verbesserung der Urlaubsverhältnisse** gefordert wie sie auch mit der schärfsten Kritik der übrigen Mängel nicht zurückhielten. So eingehend und so weit ausholend diese Kritik auch war, erschöpfend konnte sie nicht sein, denn die **Klagen wachsen ins Ungemessene.** Wir verlangten die Entlassung des Jahrganges 1870 und einer unserer Redner vertrat den Standpunkt, daß man **jeden Mann entlassen** solle, sobald er **das 48. Lebensjahr erreicht** hat. Einen besonders breiten Raum in den Verhandlungen nahm die politische Tätigkeit ein, wie sie heute in der Armee betrieben wird. Mit allen möglichen Preßerzeugnissen werden die Feldgrauen überflutet, die Lektüre sozialdemokratischer Schriften dagegen wird verboten oder doch mindestens ungemein erschwert. Die Schnüffelei nach der politischen Gesinnung ist geradezu unerträglich geworden, was im Frieden in einzelnen Fällen geschah, ist jetzt, am Ende des vierten Kriegsjahres, geradezu zum System geworden. Sozialdemokraten sollen aus Vertrauensstellungen entfernt werden, die Bezirkskommandos haben die Gestellungsbefehle bereitliegen für Arbeiter, die sich an Lohnbewegungen beteiligen könnten — mit einem Wort: **Der Militarismus ist geblieben, was er war.** Die Schlußfolgerungen daraus müssen sich von selbst ergeben.

Welches Resultat diese scharfe Kritik zeitigen wird, läßt sich natürlich nicht sagen, jedenfalls hatten die Anträge ein recht merkwürdiges Schicksal. Sie sind nicht wie sonst, einfach als selbstverständlich angenommen worden, sondern wurden in Bausch und Bogen der Regierung zur Erwägung überwiesen. Aus den Parteien heraus wurden die sozialdemokratischen Anträge nicht bekämpft, die Regierung weiß also, daß sie nur dem Willen des Reichstages Rechnung trägt, wenn sie diese Wünsche erfüllt. Daß dies bald geschieht, liegt nicht nur in unserem Interesse, man hat vielmehr allen Anlaß, den Feldgrauen mehr Entgegenkommen zu erweisen, als das bisher, meist aus fiskalischen Gründen, nicht geschehen ist.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 12. Juli, abends (Amtlich.)

Oertliche Kämpfe südwestlich Bailleul und auf dem Westufer der Avre.

*

Die augenblickliche Kriegslage

beurteilt der Militärsachverständige des „Bund", Stegemann, wie folgt:

„Geht der Krieg im Jahre **1918** nicht zu Ende (nach den vielen großen Offensiven), so läßt er sich weder politisch noch militärisch befristen. Die Alliierten sehen dem neuen Großkampf mit gesteigertem Vertrauen entgegen, da sie noch Reserven erübrigt haben und ihnen der starke amerikanische Nachschub moralische Bürgschaften bietet. Wir haben die Amerikaner auf 500 000 Streitbare, und zwar 250 000 feldfähige, zum Gefecht erzogene und 250 000 nur im Grabenkampf geschulte Streiter, geschätzt und müssen heute beifügen, daß diese Zahlen sich rasch erhöhen; denn die erste Million Köpfe ist überschritten; und wenn auch davon seit dem 1. April fünfzig Prozent verschifft worden sind, also die Hälfte aus flüchtig ausgebildeten Mannschaften besteht, so macht sich doch das Gewicht der Masse im Verteidigungsverfahren geltend. Das schwierigste Problem wird daher sein und bleiben, diese Masse zum Bewegungskrieg zu erziehen, der allein zum Ziele führt. Das haben die Engländer erfahren, die zuerst mit staunenswertem Erfolg an die Aufstellung einer Millionenarmee aus dem Stegreif gegangen sind und darin nun von den Amerikanern noch übertroffen werden. Hirn und Kern des militärischen Widerstandes der Entente wird aber stets die französische Armee mit ihrem gebildeten Generalstab, ihrem tüchtigen Offizierskorps und ihre elastischen, in allen Sätteln gerechten Truppe bilden. Sie ist stark geschwächt, hält aber immer noch das Feld. Die zusammengefaßte deutsche Heereskraft wird im bevorstehenden Entscheidungskampf den vereinigten französischen, englischen und amerikanischen Kräften begegnen, nachdem sie Engländern und Franzosen in drei Schlachten schwere Wunden beigebracht hat. Der neue Kampf bringt also in jedem Falle die Entscheidung näher. Ob daraus politische Folgerungen gezogen werden, ist freilich eine andere Frage."

Als Stegemann das schrieb, war der Fall Kühlmanns noch nicht erfolgt.

Ein erfolgloses Beginnen.

Das katholische Friedensinstitut in Freiburg (Schweiz), im Verein mit dem Genfer Komitee für einen dauerhaften Frieden, sowie zahlreiche ihm angegliederte Gesellschaften richteten an Wilson ein Telegramm, worin er gebeten wird, die Rede v. Kühlmanns sowie auch die wiederholte Erklärung des Reichskanzlers, daß er die vier von Wilson selbst als Basis des Friedens aufgestellten Grundsätze annehme und im Interesse der ganzen Menschheit damit einverstanden sei, in Unterhandlungen über den allgemeinen Frieden auf dieser allgemein angewandten Basis einzutreten, in Berücksichtigung ziehen zu wollen.

Wenn Wilson antworten wird, dann ist ihm die Abweisung der Berufung auf Kühlmann durch die jüngsten Vorkommnisse sehr leicht gemacht. Anders liegt die Sache schon mit dem Hinweis auf die Erklärung Hertlings. Aber auch hier sind ihm durch die Politik der deutschen Regierung so viele Löcher gelassen worden, daß er gemütlich hindurchschlüpfen kann. Und das versteht Wilson ja aus dem ff. So dürfte das Vorgehen der genannten Korporation leider völlig erfolglos bleiben.

Bericht über den Moskauer Putsch.

Amtlich meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur aus Moskau: Am 4. Juli wurde auf dem russischen Sowjetkongreß von der Mehrheit mit über 213 Stimmen die Zufriedenheit mit der ausländischen Politik des Sowjets der Volkskommissare ausgesprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gelangte. Die linke sozialrevolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher aus Noworossijsk nach Moskau eingetroffene Abteilung Matrosen von 1000 Mann, welche sich geweigert hatte, die ihnen anvertrauten Kriegsschiffe nach Sewastopol zu führen, und anstatt dessen diese Schiffe bei Noworossijsk versenkte, einen Versuch eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Botschafters durch die Mitglieder der linken sozialrevolutionären Partei Anarejew und Blumkin diente. Bewaffnete Abteilungen der linken sozialrevolutionären Partei besetzten plötzlich die Post und den Telegraphen, verhafteten den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets Swidowitsch, den Vertreter des Volkskommissars des Innern Lalis und den Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission des Kampfes mit der Gegenrevolution Dserschinski. Der Sowjet der Volkskommissare sandte im Laufe des 6. und 7. Juli an die Arbeiter und die Moskauer Garnison einen Aufruf um Unterstützung des Sowjets von ganz Rußland. Der Aufstand wurde vollkommen unterdrückt und einige hundert der noch am Leben gebliebenen Aufständischen verhaftet. Es ist eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Volkskommissars der Justiz Stutschka errichtet worden. Die Kommission legte klar, daß die linke sozialrevolutionäre Partei, welche nur während der Dauer von zwei Stunden den Telegraphen in den Händen hatte, auf telegraphischem Wege in Petrograd und Tula einen Aufstand hervorzurufen versuchte und wunderliche Gerüchte über die Beziehungen der Sowjetregierung zu den Deutschen verbreitete, die imstande waren, das Volksgemüt aufzuwühlen. Auf dem Kongreß der Sowjets war die Aufstandspartei in der Minderzahl vertreten, jedoch wäre die Sowjetregierung zweifellos gestürzt worden, falls es möglich gewesen wäre, einen Erfolg zu erzielen.

Der Sowjetkongreß in Moskau.

Billigung der Politik der Rats- und Volkskommissare.

Ueber Stockholm wird aus Moskau gemeldet: Folgende von der kommunistischen Fraktion beantragte Entschließung wurde vom Sowjetkongreß mit erdrückender Mehrheit angenommen: Die fünfte Landesversammlung der Arbeiter und Soldaten billigt vollständig die innere und äußere Politik der Rats- und Volkskommissare und bekräftigt von neuem den unerschütterlichen Willen der Arbeiter und Soldaten, das Land nicht in einen neuen Krieg hineinziehen zu lassen. Das Rußland der Sowjets wird jedem Angriffsversuch gegen das russische Gebiet von seiten jedweder imperialistischen Regierung tatkräftig Widerstand leisten. Das Rußland der Sowjets wird unerbittlich gegen die Volksfeinde verfahren, welche das Vaterland zugunsten Nationalisierter der einen oder anderen Koalition verraten. Die Landesversammlung billigt in gleicher Weise die Ernährungspolitik und Schaffung von Komitees armer Bauern, welche nicht die Arbeit der anderen ausbeuten. Der Zeitraum, der sich bis zur neuen Ernte erstreckt, ist die härteste für die Arbeitsbevölkerung der Städte. Die tatkräftigsten Maßnahmen werden zur Bekämpfung der bürgerlichen Gegenrevolutionäre und ihrer Agenten ergriffen, welche aus der augenblicklichen Lage Nutzen zu ziehen versuchen. Die Landesversammlung ruft alle Arbeiter und Bauern auf, einmütig für die Sowjets einzustehen.

Die Landung der Ententetruppen an der Murmanküste.

Der „Daily Expreß" berichtet aus Petersburg: Infolge der Landung der verbündeten Truppen an der Murmanküste hat die Sowjetregierung das bolschewistische Kriegskomitee für das nördliche Rußland aufgefordert, militärische Vorbereitungen zu treffen. In Petersburg und im nörd-

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

28. Fortsetzung.

12. Kapitel.

Die Nacht der Prüfung.

Sie glaubte schon alles sich zurechtgelegt, alles überwunden sich ganz in das Unvermeidliche gefunden zu haben, die arme Rosi, und dennoch erbebte sie jedesmal, wenn in den nächsten zwei Wochen die Haustüre aufging, bei dem Gedanken: Jetzt kommt ein Brief von Thun oder eine Botschaft von dem Pfarrer, die dich vor den Stillstand*) beruft, von wegen der Scheidung.

Es kam aber weder ein Brief noch eine derartige Botschaft.

Einmal hatte sie sich schon hingesetzt, dem Ruodi zu schreiben, daß sie auf alles gefaßt sei, daß sie ihm volle Freiheit gebe, zu handeln, wie er es passend fände, daß sie, mit einem Wort, in die Scheidung willige. Aber da versagte ihr doch die Kraft. Sie vermochte es doch nicht, ihn davon zu entbinden, daß er den ersten Schritt täte. Sie wollte auch ihrer Mutter nicht das Leid antun, daß diese glauben könnte, sie hätte die Sache zu leicht genommen und zu leicht behandelt. Unterrichtet war jetzt die Zwihlbäuerin von der ganzen Sachlage, aber die gute Frau bemühte sich immer noch, ihrer Tochter und sich selbst einzureden, es sei nur ein vorüberziehendes Gewitter am Ehestandshimmel Rosis. Anderer Ansicht war freilich 's Vreneli. „Das läßt sich nicht mehr flicken und leimen, Müetti," sagte das kluge Mädchen, das seinen Schwager so grimmig verabscheute und haßte, als ihn nur immer jemand verabscheuen und hassen konnte. „Lueget, 's Rosi, 's arm' Rosi kann den schlechten Mann nicht mehr liebhaben. 's kann nicht sein! Oh, Müetti, d' Mannen sind och ein schülich's Volk. Was hat 's Rosi um den Ruodi gelitten, bis es ihn hatte, und doch hat er sein schön's und brav's Weib um so eines schwarzäugigen Glüntlis willen verlassen. Nein, Müetti, los', ich will gar keinen nehmen, keinen, aber auch gar keinen." — „Ja, du bist mir die Recht', Chind! Wart' nur, bis gäng der Recht' kommt und dich haben will. Ich mein', ich kenn' so 'nen Rechten." — „Was meinst?" — „Was werd' ich meine meinen? Ebbis geistlich's mein ich." — „Jetzt schweig' aber, Müetti, oder ich lauf' dir davon." — „Lauf nur!" Und das neunzehnjährige Kind lief wirklich davon, nämlich aus der Kammer, wo es mit der Mutter hatte zu Bett gehen wollen, auf den Söller hinaus, um zu sehen, ob im Dorfe drunten in des Pfarrers Studierstube das Licht noch brenne. Es brannte richtig noch, wie allnächtlich. Er studiert zu viel, dachte das schöne Meitschi, das keinen, aber auch gar keinen nehmen wollte, er sietzt zu lange bei seinen Büchern auf, und das macht ihn so bleich. Ich wollt', ich — nun ja, ich wollt', ich säß' bei ihm. Ich würd' ihm dann mit der Hand über seine schöne Stirn fahren, so, und recht lieb und gut zu ihm sagen: Stephan, lieber, lieber Stephan, willst du nicht Feierabend machen?

Vreneli würde wohl mit leichterem Herzen zu Bette gegangen sein, wenn sie hätte ahnen können, daß so ziemlich in demselben Augenblicke der gute alte Pfarrer da drunten in seiner einsamen Bücherstube so ziemlich auch so was wünschte, nämlich, daß 's Vreneli bei ihm säße. Er hatte seit der Begegnung mit Rosi am Wildsee doch recht viel an das Mädchen denken müssen, das „so gesund und heiter und klug wie ein Vögeli" und — fügte er in Gedanken dem Lobspruch der Schwester bei — auch so schön! Heute abend hatte er seine Berndeutschung der Burnsschen Lieder wieder vorgenommen. Was wohl 's Vreneli dazu sagen würde? dachte er beim Hin- und Herblättern. Gewiß würde es sie freuen, wenn er ihr, die den halben Hebel auswendig kannte, diese der Heimat mundartlich angeeigneten herzigen Sachen vorläse. Es müßte dann doch recht heimelig in der Stube sein, wenn sie so beisammen säßen, ja, ganz anders als jetzt. Freilich nicht ganz so, wie er sich's vorzeiten vorgestellt, wenn die Rosi bei ihm säße, nicht ganz so, ach nein! aber doch auch heimelig und gut. 's Vreli sei bei all ihrer Munterkeit so verständig und feinfühlend, und ihr Lachen klänge so silbern und hell wie ein Glöcklein, das zum Maifest läutet. Da sei der arme Burns, der hätte ja auch sein angebetetes Liebchen, die Hochlands-Mary, verloren und hätte nachmals doch mit Hannchen Armour in glücklicher Ehe gelebt. — Ob ihm aber das Mädchen wirklich geneigt sei? Es wäre doch wunderlich, er hätte nichts davon gemerkt, er. Aber Rosi hätte es ihm ja versichert, und Rosi könne keine Unwahrheit sagen, nein, soviel stehe fest. Er müsse sich eben jetzt ein Herz fassen und sich Gewißheit zu verschaffen suchen. So könne es nicht länger fortgehen; es sei doch gar zu einsam in dem Pfarrhaus, ja, und gar zu kalt, sogar jetzt im Sommer.

So spannen sich nachtschlafenderweile von der Zwihl zum Pfarrhaus und vom Pfarrhaus nach der Zwihl Gedankenfäden hin und wieder, Gefühle und Wünsche, die sich im Mondschein begegneten wie spielende Elfen. Rosis Gang zum Wildsee war doch zu etwas gut gewesen. Das ist's ja überhaupt, was die Menschenwelt zusammenhält und fortbaut ins Unendliche, daß hart neben den Trümmern einer zerstörten Existenz unentmutigt eine andere und immer wieder eine andere sich ansiedelt, mit der Hoffnung, sie, gerade sie würde und müßte der Blitz verschonen.

Derweil saß zur selben Stunde Rosi auf dem Schuhkopf droben auf der Bank, mit der sie der Ruodi einst so freundlich überrascht hatte. Das war lange her, und seitdem hatte er, ach, dafür gesorgt, ihr ganz andere Ueberraschungen zu bereiten. Sie kam gerne hierher und saß, nach beendigtem Tagewerk, da sie ohnehin erst spät den Schlaf finden konnte, oft bis tief in die Nacht hinein da droben, in die Betrachtung der Gestirne oder in jene schwermütigen Träumereien versunken, welche die balsamische Stille der Sommernächte den Unglücklichen so süß und vertraut machte.

Sie liebte diese Stelle, denn immer, wenn sie in nächtlicher Einsamkeit da verweilte, atmete ihre gepreßte Brust leichter auf. Da, auf dieser Bank hatte sie ja die seligste Stunde ihres Lebens verlebt, damals in der Hochzeitsnacht, bevor der Ruodi sie in sein Haus führte. Die heutige Augustnacht war so klar, wie jene Herbstnacht gewesen. Die Wasser rauschten schlaftrunken, die Sterne funkelten am wolkenlosen Firmament, und der über dem Glanzhorn schwebende Vollmond machte die Schneekuppen der Bergkolosse ringsher geisterhaft schimmern — alles wie in jener Stunde voll süßgestillten Sehnens, voll bebender Glücksgewißheit. Alle Einzelheiten derselben, alle, alle, bis zu den geringfügigsten herab, erwachten in Rosis Erinnerung. Sie glaubte Ruodis Hand auf ihrer Schulter, seine flüsternde Stimme in ihrem Ohr zu fühlen, und unwillkürlich streckte sie ihre Rechte nach ihm aus: er mußte ja da sein, neben ihr auf der Bank. Aber sie griff in die leere Luft, das Traumbild der Erinnerung zerfloß, sie war allein.

Und doch nicht so ganz allein. Vor ihr saß der alte Türk, wie er auch in jener Nacht vor ihr gesessen. Aber heute ließ das treue Tier nicht mehr Gefahr, heimgeschickt zu werden. Ein wunderlicher Kerl, der alte Zottelhund! Er mußte sich über die Zustände im Rütli, wo er sogleich nach Ruodis Abreise nach Berlin sein ständiges Quartier genommen, eigene Vorstellungen gebildet haben. Es schien ihm alles daran gelegen, der Rosi zu zeigen, daß es doch noch Treue in der Welt gebe trotz alledem, und ganz merkwürdig war die Abneigung, die er dem Ruodi seit dessen Heimkunft aus Deutschland bezeigte. Wenn der Hausherr daheim war, hielt sich der Türk außerhalb des Hauses; sobald jener fort war, kam er herein. Saß Rosi in traurigen Gedanken, schlich der Hund herbei, legte leise seine Schnauze auf ihr Knie und sah sie so ganz eigen an, als wollte er sagen: Wenn ich dir nur helfen könnt'! Und es lag Trost in seiner Treue. Wer das Unglück kennt, wird nicht leugnen, daß auch der teilnehmende Blick eines Hundeauges etwas Tröstliches habe.

(Fortsetzung folgt.)

*) „Stillstand" heißt die Gemeindebehörde, welche die kirchliche Disziplin zu handhaben und auch, in erster Instanz, Ehesachen, Scheidungen usw. zu behandeln hat. Der Name rührt von dem Umstand her, daß die Mitglieder dieser Behörde, die ihre Sitzungen früher in der Kirche selbst hielt, nach beendigtem Gottesdienst beim Taufstein stillstanden, bis die Gemeinde sich entfernt hatte.

ichen Rußland wurde die militärische Zensur proklamiert. Die Jahrgänge 1896 und 1897 wurden einstweilen für sechs Monate einberufen. In Archangelsk wurden auf Befehl von Lenin dreihundert Offiziere der Ententeländer verhaftet.

Die Sowjetregierung erließ eine weitere Erklärung zu dem Murmankonflikt, in der sie ausführt, daß sie noch immer hoffe, den Konflikt friedlich lösen zu können. Falls sich dies als unmöglich herausstelle, sei sie fest entschlossen, gegenüber ihren früheren Bundesgenossen zu den Waffen zu greifen. Der Zentral-Exekutivausschuß der sozialrevolutionären Partei ist nach Tomsk aufgebrochen, um sich mit der neuen sibirischen Regierung zu vereinigen. Sie will bei der bevorstehenden Intervention in Sibirien mit den Verbündeten zusammenarbeiten.

Mit der Ruhe in Finnland

scheint es nicht weit her zu sein. Nach einer Meldung aus Helsingfors hat sich die finnische Regierung anläßlich der beunruhigenden Lage in Nordfinnland veranlaßt gesehen, die fünf Jahrgänge 1892 bis 1896 der schon beurlaubten Mannschaften wieder unter die Fahnen zu rufen.

Gegen die Gewaltpolitik Clemenceaus

wendet sich in einem langen Brief an den französischen Ministerpräsidenten der Verband der Mechaniker des Seine-Departements. Der Verband beschwert sich bitter über die harte Bestrafung der Arbeiterdelegierten, die anläßlich der letzten Arbeiterbewegung und der letzten Streiks in Frankreich verhaftet wurden. Von 150 inhaftierten Delegierten seien 47 an die Front geschickt worden und beinahe alle anderes in Strafabriken der Nord- und Ostdepartements versetzt worden. Die Arbeiterführer hätten Anrecht auf mildere Bestrafung gehabt. Die Arbeiter beschweren sich ferner, daß durch die Ausstreuung von Gerüchten über bevorstehende Streiks zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebern künstlich Mißtrauen gesät werde, sodaß viele Arbeitgeber sich weigerten, mit den Arbeiterdelegierten zu verhandeln. Die Gewaltpolitik richtete schon zu viel Unheil an und müsse endlich aufhören.

Trotzdem wird der „Tiger" seinen alten Kurs weitersteuern. Er kann es sich vorläufig noch erlauben.

Die englischen Verluste im Juni.

Nach der „Nieuwe Rotterdamschen Courant" geben die englischen Blätter die englischen Gesamtverluste im Juni, soweit sie veröffentlicht wurden, mit 4406 Offizieren und 185729 Mann an; dazu kommen noch 40 Offiziere und 204 Mann von der Flotte. Für die drei Monate April, Mai, Juni stellten sich die Verlustziffern auf 21097 Offiziere und 337918 Mann.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 13. Juli. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatze vernichteten unsere U-Boote 15 500 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelsschiffsraumes. Drei von den versenkten Dampfern wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „Patriot". Die Strafkammer in Posen verurteilte den Rittergutsbesitzer Boleslaus v. Moszczenski in Piglowice wegen unbefugten Verkaufs von Gerste und Ueberschreitung der Höchstpreise zu achtundzwanzigtausend Mark Geldstrafe.

Aus Nah und

Ein Berliner Ferienkind verunglückt. In Wehlau ist der dort zur Erholung weilende sechsjährige Sohn des Schuhmachermeisters Gertlow aus Berlin im Pregel ertrunken. Gleichzeitig wird aus Soldau (Ostpr.) das Verschwinden eines Charlottenburger Ferienkindes gedrahtet. Es handelt sich um den zwölfjährigen Erich Brodmann aus der Pestalozzistraße 91 in Charlottenburg. Der Knabe, dessen Vater im Felde steht, ist angeblich mit den anderen Ferienkindern in Neidenburg aus dem Zuge gestiegen, bisher aber in seinem Bestimmungsorte Großprzellenk bei Soldau nicht eingetroffen.

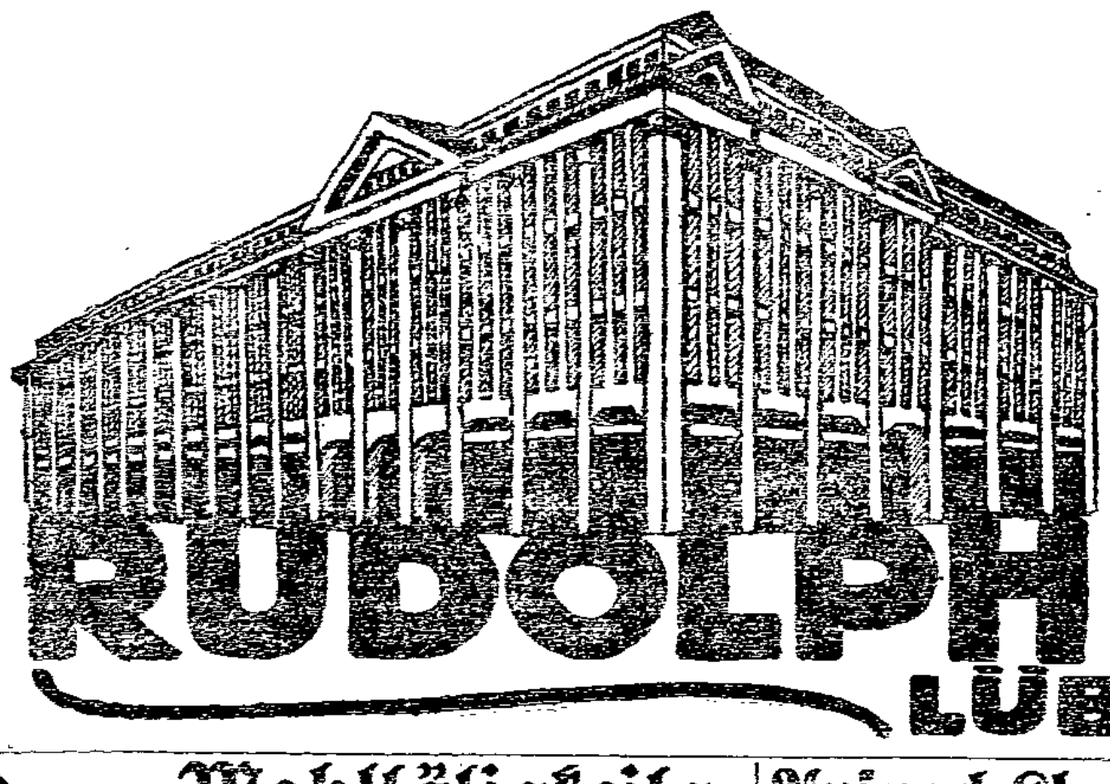
Die Grippe. In Leipzig macht sich ein plötzliches Anschwellen der Krankheit bemerkbar. — In Stockholm und im englischen Internierungslager in Gironingen ist sie jetzt ebenfalls ausgebrochen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ein guter Fingerzeig

in dieser schwierigen Zeit der Warenknappheit ist für das kaufende Publikum mein großes Haus mit seinen noch auf das Reichhaltigste gefüllten Spezial-Abteilungen.

Gute und solide Qualitäten in großer Auswahl und bekannter Preiswürdigkeit sind die Vorzüge meiner Waren.



RUDOLPH KARSTÄDT
LÜBECK

Wohltätigkeits-konzerte

unter dem Protektorat Sr. Magn. Herrn Bürgermeisters Dr. Fehling, ausgeführt von der aus dem Felde beurlaubten Regimentskapelle des Inf.-Reg. „Lübeck" (Nr. 162) unter Leitung des Herrn Musikdirektors Fl. Clausnitzer

Sonntag, den 14. Juli, und Montag, den 15. Juli,
bei Herrn **Fr. Schröder, Walkmühle.**
Anfang 4 Uhr. Ende 10½ Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Dienstag, den 16. Juli,
in der **Waldhalle in Schwartau.**
Anfang 4½ Uhr. Ende 10½ Uhr. Eintritt 50 Pfg.

3326 **Der Vorstand**
des Kameradschaftsbundes der 76er und 162er.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/1919.

Um bei Aufführungen großer Opern die Massenchöre zu verstärken, beabsichtigt die Direktion des Stadttheaters die Gründung eines (3315

Theatergesang-Vereins

dessen Mitglieder, Damen und Herren, unentgeltliche Ausbildung erhalten in:

Notenlesen, Musiktheorie, Ensembleübungen und Chorgesang, sowie

Einzel-Ausbildung im Sologesang.

Die Uebungen finden nur abends statt. Nähere Bedingungen sind im Stadttheater zu erhalten. Dort Anmeldungen täglich zwischen 12½ und 1½ Uhr im Theaterbureau, Eingang Fischergrube.

Die Direktion des Stadttheaters.

Auf nach Kl.-Mühlen bei Schwartau.

Sonntag, 14. Juli 1918, im Garten Kl.-Mühlen bei Gastwirt Ewers 3325

die Bauernmühle im Betrieb.

Interessant für jung und alt. Eintritt frei. Anfang 4 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet **Frau B. Ewers.**

Klüssendorf's
Electrisches Restaurant
Beckergrube 22.
Neu! Hupfeld's Neu!
Kunstspiel-Piano. 3300

Theater für die Jugend
(i. Marmorsaal d. Stadttheaters).
Sonntag, den 14. Juli, 3½ Uhr:
Lügenpeter.
Hierauf: (3312
Kasperle u. d. verzaub. Krebs.

Kaninchenzucht-Verein
für Lübeck u. Umgegend von 1895.

Monatsversammlung
am Sonnabend, dem 13. Juli 1918
abends **8** Uhr pünktl.
im Vereinslokal, Restaurant
Martinsen, Lindenstr. 13.
Wichtige Tagesordnung:
„Lubeca-Schau".
Zahlreich. Erschein. erforderlich.
Gäste willkommen!
3301) **Der Vorstand.**

Visitenkarten
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Zahn-Praxis (3304
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, I.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert.
Damenkapelle **Diana**
Anfang 4 Uhr.
3319) **L. Kock.**

Riesen-Erfolg!

Allabendlich pünktlich 8 Uhr:

Ueber 100 Mitwirkende **„Der Hias"** Ueber 100 Mitwirkende

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von **H. Gilardone.**

Im 1. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. — Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft. — Der Traum des verwundeten Leutnants.
Im 2. Akt: Der gescherte Alisi. — Das urfidele Front-Brettl.
Im 3. Akt: Das Kriegsgericht. — Die glänzende Filmeinlage: Sturm auf Schloß Mont Plaisir. (3308

Mit Riesenerfolg über 3000 mal in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt.

Sonntag, 14. Juli nachm. 3½ Uhr: Familien-Vorstellung.
Zu dieser ungekürzten Nachm.-Vorstell. zahlen Militär u. Kinder **halbe** Preise.

Nach Schluß der Abendvorstellung verkehrt ein Straßenbahnwagen direkt nach Schwartau vom Hansa-Theater aus.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz!

Kartenvorverkauf: **Holstenhaus**, Holstenstr., Zigarrenhandlung **Röhrig**, Schüsselbuden, **Musikhaus Odeon**, sowie Theaterkasse von 11—1 vorm. und von 6 Uhr ab.

Hansa-Theater

Stadthallen-Theater.

Direktion: **Stanislaus Fuchs.** (3303

Sonnabend, den 13. Juli 1918:
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel von **Max Reichel** vom Karl-Schultze-Theater in Hamburg

Wiener Blut.
Operette von Johann Strauß.

Sonntag, den 14. Juli 1918:
Anfang 7½ Uhr:

Das Dreimäderlhaus.
Operette von Schubert.

Dienstag, den 16. Juli 1918:
Anfang 8 Uhr:

Pension Schöller
Schwank von Karl Laufs.